

Die Würde des Menschen ist unverNETZbar



Forum InformatikerInnen für Frieden
und gesellschaftliche Verantwortung e.V.

FIFF-Jahrestagung 1989

Frankfurt am Netz

6. – 8. 10. 89

J.-W.-Goethe Universität

Kontaktadresse: FIFF-Regionalgruppe Frankfurt · Philipp-Reis-Str. 71 · 6000 Frankfurt 90

Die Würde des Menschen ist unverNETZbar

Sag mir wo die Daten sind,
Netze nahmen sie geschwind

GEPLANTE ARBEITSGRUPPEN:

- AG 1: Vernetzung im Bürobereich / Frauenarbeitsplätze
(Gilla Reckert/Friedrich Wicke/Anne von Soosten-Hollnigs)
- AG 2: Vernetzung im Produktionsbereich
(Regine Rundnagel/Reinhard Doleschal)
- AG 3: Zahlungs- und Geldverkehr im Bankennetz
(Herbert Kubicek: POS-Netze)
- AG 4: DV in der Gesundheitsversorgung, -verwaltung
(Rudolf Wilhelm/Klaus Stahl)
- AG 5: Informatisierung und Militär
(Helga Genrich/Klaus Eurich)
- AG 6: ISDN - ISDN-Nebenstellenanlagen
(Hans Rupp/N.N.)
- AG 7: Die vernetzten ArbeitnehmerInnen
(Ditz Schroer/Ulrike Joos/H. Fieber/F. Hagel/B. Rendenbach/D. Zelger)
- AG 8: Datenschutz in Europa
(Peter Dippoldswann)
- AG 9: Theorie der Informatik
(Wolfgang Coy/Alfred Luft/Jörg-Martin Pflüger)
- AG 10: Ethik - Technologiefolgenabschätzung
(Helmut Weber/Bernd Schneider/W. Steinmüller)
- AG 11: Unsere Situation und Identität in der EDV
(Jürgen Haese/Dieter Bichel/Norbert Cobabus)
- AG 12: Auch InformatikerInnen sind ganze Menschen
Ein bewegter Tag zum Brückenschlag zwischen Körper und Geist
(zum ersten Mal im FIFF: Körperarbeit - Thomas Derlin/N.N.)
- AG 13: Anarchie und Informatik
Widersprüche im Arbeits- und Privatleben und mögliche Perspektiven
(Ralf Klischewski/Annäus Bruhns/Johannes Joemann/Stefan Lange/Georg Reichwein/Heike Stach)
- AG 14: Alternative Nutzung von Netzen
(N.N./N.N.)
- AG 15: Informatik in der Schule
Unterrichtsthema Computernetze
(Michael Lange/Bernhard Moritz)

VORLAUFIGES PROGRAMM

- Freitag: 18:00 Eröffnung
Hauptvortrag zur Jahrestagung:
Thema: Netzknoten Frankfurt
(Helga Genrich/Reinhold Frank)
Kommunikationsökologie - Das IKÖ
stellt sich vor (U. Erb/J. Ries)
begleitendes Kulturprogramm
- Samstag: 9:00 - ca. 17.30 Arbeitsgruppen
Mittagessen ausländische FreundInnen ver-
sorgen uns
anschließend vielfältiges Kulturprogramm
- Sonntag: 9:30 Plenumsvortrag von Reinhold Kimm
Thema: Psychologische Grundlagen
einer heterogenen Beziehung
11:00 Mitgliederversammlung (open end)
Inhaltliche Diskussion ist gefragt!
11:30 / 13:00 Alternative Stadtrundfahrt,
speziell für Nicht-FIFF-Mitglieder

ANMELDUNG zur FIFF-JAHRESTAGUNG 1989

Tagungsbeitrag: 60,-- DM (+ 6,-- DM für die alter-
native Stadtrundfahrt/Bezahlung gilt als Anmeldung)
für StudentInnen, Erwerbslose usw.: 15,-- DM

Den Tagungsbeitrag in Höhe von DM _____,-- habe ich
am _____.____.89 auf das Sonderkonto überwiesen.

< > Ich benötige eine private Unterkunft, bringe
Schlafsack und Unterlage mit und habe die Um-
seitigen Zusatzfragen beantwortet.

Für Unterkünfte in Hotel oder Pension bitte direkt an
das Verkehrsamt der Stadt Frankfurt wenden.

Datum _____.____.1989 Unterschrift_____

Am meisten interessiere ich mich für die Arbeitsgruppe

Bei Anmeldungen nach dem 31.08.1989 kann für die
Vermittlung von privaten Unterkünften
keine Garantie mehr übernommen werden

Tagungsbeitrag bitte überweisen auf:
J. Schaaf Sonderkonto, Kto.-Nr. 77319-606
PGiroA Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60

Bei Interesse an der alternativen Stadtrundfahrt
zusätzlich zum Tagungsbeitrag den Betrag von DM 6.--
überweisen. Dies gilt als Anmeldung zur Stadtrundfahrt.
Nur die gleichzeitige Anmeldung zur Tagung und zur
Stadtrundfahrt sichert die Mitfahrt!

Verkehrsamt der Stadt Frankfurt: Gutleutstr. 7
Tel.: 069/234864 (oder 069/212-1)

Tagungsbüro (vom 06.- 08.10.89): 069/798-8355

AbsenderIn:

-,60

(Straße)

(PLZ, Ort)

Folgende Fragen NUR bei
Bedarf einer PRIVATEN
Unterkunft beantworten:

Nacht/Nächte:
< > 6./7. < > 7./8.10.

NichtraucherIn:

< > ja < > nein

Tel. priv.: ____/____

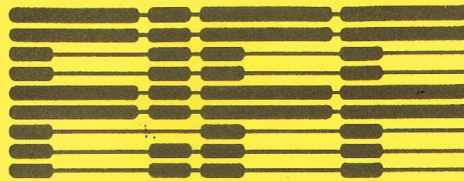
Tel. dien.: ____/____

P O S T K A R T E

FIFF-Regionalgruppe
Frankfurt/Main

Philipp-Reis-Str. 71

6000 Frankfurt/Main 90



Z 7625 F

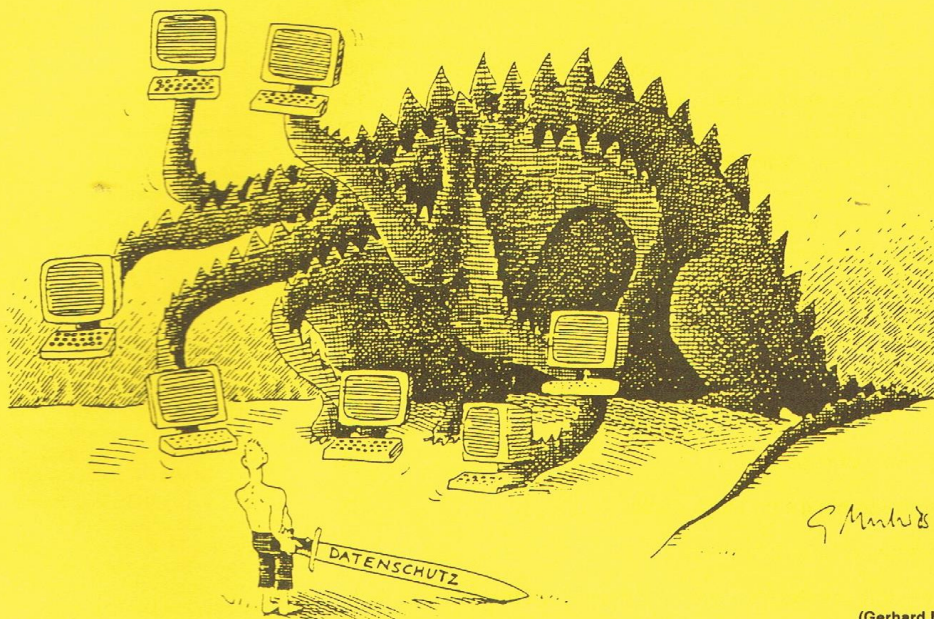
K O M M U N I K A T I O N

Forum InformatikerInnen
für Frieden und
gesellschaftliche
Verantwortung e.V.

6. Jahrgang
Juni 1989

Heft 3/89

Einzelpreis: 3.-- DM



(Gerhard Mester)

Die Informationsgesellschaft - eine schöne neue Welt?

... ungehinderte ... Telekommunikation ...

1992 - FIFF europaweit

Rüstungsseminare und kein Ende

KGB-"khaker" und CIA-Viren

Das eigentliche Problem sind nicht die Hacker

Der Bundesdatenschutzbeauftragte zur Observierung des FIFF

INHALT

EDITORIAL

- Fünf Jahre FIFF - (k)ein Grund zum Feiern? 3

FORUM

4

AKTUELL

- Betrifft: Nicaragua 6
- ISDN ist zu gut 7
- Ökologische Informatik 8
- Nach der Volkszählung kommt die Kommunikationszählung? 8
- FIFF-München: Wochenendklausur '89 10
- Aktion .. Reaktion 10
- PROgrammierte SOZialhilfe 12
- Kontrollierte RechnerInnen 13
- Besuch aus der Sowjetunion 13
- Internationaler Wissenschaftler/innen Appell 14

FIFF e.V.

- Einladung nach Frankfurt/Main (FIFF-Mitgliederversammlung) 15

Die Informationsgesellschaft - eine schöne neue Welt? 16

... ungehinderte ... Telekommunikation ... 21

1992 - FIFF europaweit 24

Rüstungsseminare und kein Ende 26

KGB-"khaker" und CIA-Viren 28

Das eigentliche Problem sind nicht die Hacker 30

Der Bundesdatenschutzbeauftragte zur Observierung des FIFF 32

FIFF ÜBERALL 34

LESEN? 35

TERMINE 36

VIELZWECKSCHNIPSEL 37

IMPRESSUM 38

ADRESSEN 39

SCHLUSS-PFIFF 40

EDITORIAL

Fünf Jahre FIFF - (k)ein Grund zum Feiern?

Im Jubeljahr (40, 40 und 200) hat auch FIFF einen Jahrestag, es wird fünf. Gegründet im ersten Jahr nach vollzogener Nach-Rüstung sollte es für uns InformatikerInnen eine Ermutigung sein, (nach)zuforschen und nachzudenken über unsere Arbeit, die Geschichte unseres Faches, seine militärischen Wurzeln und einen "Aufbruch zu einer anderen Informatik" zu versuchen.

Wir waren rund 200 Leute auf der Gründungsversammlung am 2. Juni 1984 in Bonn, 150 wurden sofort Mitglied. Weniger als 5 Gründungsmitglieder sind bisher wieder ausgetreten. Unsere vier Jahrestagungen in Darmstadt, Berlin, München und Hamburg waren immer gut besucht, ihre Resonanz war sehr positiv, den Aktiven in den ausrichtenden Regionalgruppen haben wir sehr zu danken.

Die Regionalgruppen in Frankfurt, Hamburg und München haben bewirkt, daß sich die Hotels nicht mehr ohne gewisse Schwierigkeiten der Rüstungslobby öffnen. ForscherInnen, EntwicklerInnen und Hersteller werden zunehmend danach befragt, wie sie es mit der Zuarbeit für die Rüstung halten. Mancher Informatiker und manche Informatikerin sind durch FIFF zum ersten Mal mit der Militärgeschichte ihres Faches konfrontiert worden. Unser Rundbrief hat sich zur FIFF KOMMUNIKATION gemausert, er wird von vielen auch außerhalb des FIFF gern gelesen. Eine positive Bilanz also?

890 FIFFerlinge zählen wir heute, aber 80 von uns sind postalisch unerreichbar - Irrläufer - und viel zu viele sind nur "Karteileichen". Ist FIFF also auf dem Weg in die Normalität, werden wir ein stinknormaler Verein, in dem es nie mehr als 10% aktive Mitglieder gibt, die

den Laden schmeißen? Wir haben dieses Problem auf der Vorstandsklausur diskutiert. Wir waren uns nicht einig über die Ursachen des Übels. Oder ist es gar keins? Wenn aber doch, liegt es daran, daß die potentiell Aktiven überall dabeisein und deshalb Prioritäten setzen müssen? Oder ist die Friedensfrage nach dem INF-Vertrag und der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen langweilig geworden und entwickelt sich die Technik jetzt zwangsläufig mehr zivil als bisher? Liegt es daran, daß "Verantwortung" heute eh chic ist und selbst in Vorstandsetagen "getragen" wird? Oder liegt das Übel darin, daß der FIFF-Vorstand "keinen Biß" hat? So ein Biß wäre in dieser Sicht z.B. ein klarer Aufruf zum Volkszählungsboykott gewesen statt einer bloßen Darlegung offensichtlicher Mängel und potentieller Folgen, die dem einzelnen Mitglied die individuell angemessene Reaktion überließ. Welche Rolle spielt so ein Vorstand, soll er anleiten oder eher koordinieren?

Wie gesagt, wir hatten keine Lösung, aber viele Fragen. Wir waren uns einig, daß FIFF notwendig ist wie vor fünf Jahren, und daß wir - wie damals - eigentlich noch ganz am Anfang stehen: Informatikprodukte breiten sich weiter aus, die Innovationszeit wird immer kürzer, auch die militärischen Anforderungen nehmen eher zu. Von den 22 sogenannten "kritischen Technologien", denen aus Sicht des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums heute die erste Priorität in der Mittelzuweisung zukommt, fallen mehr als die Hälfte in unseren Bereich. In Europa sieht's nur vordergründig anders aus, schließlich sind wir InformatikerInnen (westliche) Weltweit eine große ForscherInnengemeinde und "burden sharing" greift voll durch. IT 2000 oder IT 1989 stehen ganz im Dienste des internationalen Wettbewerbs. Welche Interessen setzen sich in diesem ewigen Wettkampf um Weltgeltung durch? Auf wessen Kosten wird er ausgetragen? Welche Rolle ist uns in diesem Geschäft

zugedacht? Müssen wir diese annehmen? Wo sind für uns die Grenzen?

Es empfiehlt sich in diesem Zusammenhang, den allerersten Rundbrief wieder in die Hand nehmen. Er war sehr schlicht in der Aufmachung, die weniger schlichten Beiträge bestritten ausschließlich (vier schon damals und eineR erst später) ProfessorInnen. Wie sehen sie heute das FIFF? Ist es für sie überhaupt noch relevant oder jetzt eher ein Anliegen des Unter- und Mittelbaus? Oder sind sie der Meinung, die anderen nicht wenigen FIFF-Mitglieder unter den HochschullehrerInnen könnten jetzt in einer Art Stafettenlauf den Stab übernehmen und auch mal was machen?

Ich denke, der "Aufbruch zu einer anderen Informatik" steht nach wie vor aus, und vorher oder mindestens nebenläufig sollten wir nicht vergessen, die durch militärisches Denken und Funktionieren verursachten Deformationen unserer Wissenschaft und Technik dingfest zu machen. FIFF muß unbehaglich bleiben, darf nicht hoffähig werden. Daß es uns schon so lange gibt und daß wir insgesamt eher mehr geworden sind, ist aber allemal ein Grund zum Feiern. Bauen wir FIFF zu einer echten Alternative aus!

(Helga Genrich)

FORUM

(Die Stellungnahme des FIFF-Vorstands "Computerviren - ein Kampfmittel der Zukunft" in der FIFF KOMMUNIKATION 2/89 hat Widerspruch hervorgerufen.)

Computervervirte - ein Kampfmittel der Zukunft?

In der FIFF KOMMUNIKATION 2/89 S. 22 wurde eine Stellungnahme zu Computerviren abgedruckt. Sie sollte eine Reaktion auf die Position des Oberstleutnants Erhard Haak in 'Soldat und Technik' sein, die Computerviren als ein wirkungsvolles Kriegsmittel vorsieht.

Von dieser Stellungnahme, die im Namen des FIFF-Vorstandes abgegeben wurde, möchte ich mich distanzieren.

Wir haben die Stellungnahme in der Frankfurter Gruppe diskutiert und finden, daß sie nicht nur ihr Ziel verfehlt hat, sondern noch schlimmer, Raum läßt für Interpretationen, die nicht im FIFF-Sinn sein können.

1. Es ist unbefriedigend, wenn als einziger Ablehnungsgrund zur der Position von Haak, 'Viren ins feindliche Lager einzunisten', die 'Bumerang'-These angeführt wird: 'Infizierung des eigenen Lagers'. Denn wir sind überhaupt gegen Pläne, die die Gefahr mit sich bringen, daß die automatisierte Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt wird, unabhängig davon, ob das 'eigene Lager' auch betroffen werden kann oder nicht. Denn in solchen Gedanken liegt eine menschenfeindliche und -verachtende Absicht, die unserer Idee von einer menschlichen und friedlichen Welt zuwiderläuft.

2. In einem Atemzug mit Haaks Äußerungen, daß 'Virenbauer' im Guten (Saboteure) und im Bösen (Terroristen) zu unterscheiden sind, warnt die Stellungnahme vor dem

Viren-Einnisten in 'lebenswichtigen Bereichen' und appelliert an die InformatikerInnen, solche Dinge nicht zu tun.

Hat also Herr Haak doch mit seiner Terroristenbewertung recht?

Liegt überhaupt dort das Problem?

Was sind das überhaupt für 'lebenswichtige Bereiche' und für wen sind sie 'lebenswichtig'?

Welche InformatikerInnen sind mit dieser Aufforderung angesprochen? Wir alle?

Steckt also in jeder(m) von uns der/die kleine Kriminelle?

Oder sind bloß die im Auftrag handelnden 'Saboteure' gemeint?

Und überhaupt, warum entsteht so eine 'Virusgefahr'?

So viele Fragen!

Wenn man Warnungen und Aufforderungen ausspricht, sollte man doch konkreter und differenzierter vorgehen, sonst wäre es besser, das Ganze sein zu lassen, als zu verviren.



(Freimut Wössner)

Unbestreitbar ist, daß der Einbau von Viren in die Steuerungs- und Überwachungs-Software von AKWs eine Steigerung der Gefahr bewirkt. Doch der Schutz eines Kernkraftwerkes vor Viren bedeutet keinesfalls, daß die Gefahr eines Super-GAUs gebannt ist. Dagegen hilft nur das Abschalten.

Wäre es nicht besser, die Virusdiskussion zum Anlaß zu nehmen, um die guten, alten FIFF-Forderungen zum Software-Einsatz nochmals zu bekräftigen? Das gilt nicht nur für AKWs, die übrigens keinesfalls lebenswichtig, sondern vielmehr lebensbedrohend sind.

Die Ursachen der Gefahr liegt in allen Großtechnologie-Projekten, von deren Funktionieren die Bevölkerung total abhängig gemacht wird, und nicht bloß in virusinfizierter Software.

Noch etwas zu dem Begriff von 'lebenswichtigen Bereichen': Es gibt eine ganze Menge Ämter und Dienste, die das Ausländerzentralregister (AZR) in Köln mit seinen 13 Millionen Daten über Ausländer als lebenswichtig bezeichnen würden, da sie es für ihre Arbeit benötigen.

Andererseits gibt es wohl kaum Ausländer, die sich existenziell bedroht fühlen, wenn diese Datenbank, mit oder ohne Viren, lahmgelegt würde.

3. Zu der Virusdiskussion sind noch folgende Nachbemerken zu machen:

- Viele uns bekannte Virusfälle oder Hacker-Aktivitäten zeigen eine höhere Verantwortung im Umgang mit Systemen als die militärischen Gedankenspieler des Herrn Haak.
- Weiterhin ist eine genaue Differenzierung auch aus folgendem Grund nötig: Seit dem Aufkommen der Virendiskussion müssen Viren zunehmend für alle Fehler herhalten, die in der Programmierung gemacht werden.
- Und es gibt übrigens auch Viren, deren größte Gefahr darin besteht, daß sie ein unwillkürliches Grinsen auslösen: so z.B. solche, die die BIOS-Software von PCs infizieren und sich dadurch äußern, daß bei der

Erfassung von Texten irgendwelche Buchstaben plötzlich von der Eingabezeile runterfallen und dabei ein gemeinsames Geräusch (Plubb) bei jedem erfolgreichen Buchstabenabsturz erzeugen.

Wie gesagt: Auf die Differenzierung kommt es an!

(Chrisanthos Vasiliadis, FIFF-Gruppe Frankfurt/Main)

"Kritische" Vorlesung

(zum Artikel "Blick über den Teller- rand" in der FIFF KOMMUNIKATION 2/89)

Liebe Kollegen im FIFF,

dann und wann gibt es in der FIFF KOMMUNIKATION Formulierungen, die offenbar aus dem Bauch kommen, so der Satz: "Im folgenden wird eine Zusammenfassung der Kernpunkte dieser - ausnahmsweise 'kritischen' - Vorlesung gegeben."

Vorlesungen an wissenschaftlichen Hochschulen zielen v.a. auf eine Abgrenzung der Aussagen hin, etwa in der Art: "Die asymptotische Aufwandsabschätzung liefert keine Aussagen über den absoluten Zeitbedarf eines Algorithmus."

In diesem Sinne sind Vorlesungen, wenn sie nicht zu Werbeveranstaltungen verkommen sind, immer kritisch.

In seinem Artikel hat der Autor offenbar etwas anderes gemeint, er vertraut aber dem gefährlichen Prinzip "ich weiß schon, was ich meine".

Sprache ist unsere Waffe gegen die Waffen (hier wäre wieder mal Tucholsky zu zitieren). Wir sollten sie daher pfleglich behandeln.

(Jochen Ludewig, Bonn)

(Unsere Bemühungen um geschlechtsneutrale Formulierungen führen manchmal zu sehr fragwürdigen Ergebnissen:)

EineN möglicheN InteressentIn ... ?

... also mir tut das weh. In der letzten FIFF KOMMUNIKATION habe ich diesen Splitter amoklaufender Syntax gefunden und kann mich einfach nicht damit abfinden.

Wer zwingt uns eigentlich, unsere Abneigung gegen sexistische Sprache in so unästhetische Formen zu gießen? Haben wir tatsächlich so wenig Zeit, daß es nicht möglich ist, Leserinnen und Leser anzusprechen?

Arno Schmidt darf vieles, was uns schlecht ansteht, die wir uns um verständliche und angenehm zu lesende Texte bemühen (sollten):

"...
§ 3. Ich beginne mit der Interpunktion. - Man kann damit stenografieren! Wenn ich schreibe :

<Sie sah herum : ?>

dann giebt (mit »ie« : ich hasse das dudeske »gibt« : so spricht auch heute noch kein Mensch !) der Doppelpunkt das fragend geöffnete Gesicht, das Fragezeichen die Torsion des hergewandten Körpers, das Ganze also »Die Frage« ebenso gültig wieder - nein : weit besser !: der Leser wird ja absichtlich nicht auf irgend einen abgestandenen Wortsalat festgelegt, á la : <und fragte : »Was giebt's«> - ..."

(Arno Schmidt im Beiheft zur Züricher Kassette. Bargfeld: Arno Schmidt Stiftung, 1985)

Was giebt »EineN möglicheN InteressentIn« gültig wieder? Mit Verlaub: Krampph. Was keineR/M einzigen LeserIn entgegen dürfte, wenn sie oder er versucht, das einmal laut zu lesen.

Erlaubt mir bitte zum Schluß noch ein paar germanistisch-ober-schullehrerhafte Argumente:

Die Groß- und Kleinschreibung ist eine der wenigen ganz logischen und die Verständlichkeit fördernden Eigenschaften unserer Sprache. Sie steigert ganz nebenbei auch die Lesegeschwindigkeit gelibter Leser(innen). Für die oben zitierte Formulierung trifft das bestimmt nicht zu. Nicht irritieren tut sie wohl nur die diejenigen, die beim Lesen ohnehin mit dem Zeigefinger die Zeile entlangfahren müssen.

(Dagmar Boedicker, München)

AKTUELL

Betrifft: Nicaragua

Informatik-DozentInnen und Praktikplätze gesucht

Der Fachbereich Technische Informatik (Ingeniería en Computación) in Managua, Nicaragua sucht für 1989 - 1991 DozentInnenen für nachfolgende Fachgebiete:

- Betriebssystem-Architektur mit Praktikum (UNIX/XENIX und MINIX)
- Relationale Datenbanken mit Praktikum (SQL, Informix, Oracle, ...)
- Grafische Datenverarbeitung mit Praktikum
- Expertensysteme mit Einführung in PROLOG und Praktikum
- Compilerbau mit Praktikum (LEX, YACC, ...)
- Netze (OSI-Architektur, Lokale Netze, X.25)
- Rechnerarchitektur mit Praktikum (286, 386, 68020, 68030, RISC)
- Theorie und Simulation diskreter Systeme I + II (Warteschlangen, Petri-Netze, Stochastische Systeme)
- Numerische Mathematik II (Eigenwerte, Differentialgleichungen)
- Mathematische Modelle technischer Prozesse (Numerik III)
- Prozeßkontrolle mit Rechner (unter Einschluß der Systemmodelle)
- Interfaces für Prozeßkontrolle (Effektoren und Rezeptoren)

Bei den genannten Stoffen handelt es sich um Vorlesungen der beiden letzten Jahre des auf 5 Jahre (ohne Abschlußarbeit) angelegten Studiengangs in technischer Informatik an der Nationalen Hochschule Nicaraguas in Managua.

Akademische Voraussetzungen:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium in Mathematik oder Informatik und Lehr- oder Berufserfahrung.
- Spanisch - Kenntnisse. (Die Vorlesungen sind auf Spanisch abzuhalten. Da jedoch auf Jahre hinaus feststeht, wann was zu unterrichten ist, können InteressentInnen sich entsprechend schon zuhause vorbereiten.)

Finanzierung: Wenn ein Beschäftigungsverhältnis an einer deutschen Hochschule oder Fachhochschule besteht, kann die Finanzierung einer Kurzzeitdozentur beim DAAD beantragt werden. Diese Dozenten decken (Transport- und Aufenthaltskosten für maximal 3 Monate ab. Das Geld reicht jedoch in der Praxis für fast ein Jahr aus (Voraussetzung: Das Arbeitsverhältnis besteht fort!).

Wenn Interesse besteht, kann auch via ICEM-Genf ein Zuschuß beantragt werden (z.Zt. US\$ 250 pro Monat und ein verbilligtes One-way Ticket). Die Vertragsdauer beträgt hier mindestens ein und höchstens zwei Jahre.

Obacht: Beide Finanzierungsarten gehen davon aus, daß die Beiträge zur Sozialversicherung anderweitig getragen werden (durch den beurlaubenden Arbeitgeber oder auf Basis freiwilliger Weiterversicherung, was die entsprechende Berechtigung voraussetzt).

Persönliche Voraussetzungen: Der unbedingte Wille, auch bei Rückschlägen unter schwierigsten wirtschaftlichen und technischen Bedingungen qualitativ hochwertige und praktisch umsetzbare Lehre zu veranstalten. Die Bereitschaft, sich in ein sehr junges, zu 99% weibliches Team einzugliedern. Die Offenheit und Unvoreingenommenheit sich mit Unterentwicklung (als Situation Nicaraguas) und Überentwicklung (als persönliches Reisegepäck) kritisch und produktiv auseinanderzusetzen.

Ebenfalls gesucht werden Praktikanten für den Abschlußjahrgang 1988 (ausschließlich Frauen). Sie sollten die Möglichkeit bekommen, sich in den oben genannten Gebieten in Kurzaufenthalten (6 Wochen bis 6 Monate) in der BRD



**DAS BÜRO
HAT EINE NEUE
TELEFONNUMMER:
(0228) 21 95 48**

fortzubilden. Erst in zweiter Linie und ab 1991 denken wir an die Integration in deutsche Diplomstudiengänge.

Voraussetzungen hier: Die Interessentinnen verfügen über passiv gute, aktiv schlechte Kenntnisse des DV-Englisch-Jargons. In Deutsch gehen die Kenntnisse über "Guten Tag" und dergleichen nicht hinaus. Im fachlichen entsprechen ihre Kenntnisse in etwa dem 6. bis 7. Semester eines Informatikstudiums in der BRD, wobei allerdings die praktische Erfahrung arg zu wünschen übrig läßt.

Voraussetzungen dort: Persönliche Betreuung am Aufenthaltsort (Unterkunft, Kleidung für das ach so kalte Wetter, Freizeit), individuelle wissenschaftliche Betreuung und Anleitung.

Finanzierung: Wenn eine offizielle Einladung durch eine Hochschule oder Fachhochschule oder einer vom DAAD als gleichwertig anerkannten Einrichtung vorliegt, kann beim DAAD die Finanzierung eines Kurzaufenthalts beantragt werden. Diese deckt die Flugkosten und den wesentlichen Teil des Lebensunterhalts ab.

Bei Interesse: Rückantwort bitte an:

Cornelius Hopmann,
Escuela de Ingenieria en
Computation,
Universida National de
Ingenieria,
AP: 5595, Managua,
Nicaragua

(Cornelius Hopmann)



Sag mal einer Maschine, sie träumt.
(Oliver Behnssen)

SOS des Finanz- ministeriums Nicaraguas

Am 31. Januar 1989 stellte IBM-Nicaragua endgültig seine Geschäfte in Nicaragua ein. Zurück blieben zwei 4331 Anlagen mit Peripherie, über die zur Zeit noch die gesamten Lohn- und Gehaltszahlungen des Staates (unter Einschluß der Lehrer Ärzte usw.) abgewickelt werden, desgleichen die gesamte Haushaltskontrolle sowie Steuer- und Zolleinnahmen. Weiterhin werden hier Deviseneinnahmen und Ausgaben des Staates abgerechnet.

Die im Lande verbliebenen Techniker der IBM haben ein Ultimatum gestellt: Entweder US\$ 20.000 als garantierte Mindestsumme für Wartungspersonal (selbstredend ohne Ersatzteile) mit einer sofortigen Vorauszahlung von US\$ 10.000 oder ab sofort keine Wartung. US\$ 20.000 pro Jahr ist in Nicaragua ein Phantasiegehalt, der Verfasser zum Beispiel bekommt formal US\$ 50 pro Monat.

Das Finanzministerium ist bisher nicht bereit, auf die Erpressung einzugehen. Noch laufen auch die beiden Maschinen, wenn auch die Drucker und Bändeinheiten schon Schwierigkeiten machen.

Gesucht werden Leute mit Wartungserfahrung mit IBMs, die sofort oder doch sehr bald hier nach dem rechten schauen können. Der Mindestzeitraum wäre 4 Wochen (*Kontaktadresse siehe Artikel "Betrifft: Nicaragua" oben*).

Parallel haben wir an der Uni, auch mit Leuten von außerhalb, ein Projekt gestartet, so schnell als möglich auf Mikros oder Minis umzusteigen. Aber da wir von Umsteigen - mit all den Konvertierungsproblemen - reden und nicht davon, auf der grünen Wiese neu zu starten, kann ein solches Projekt nicht von heute auf morgen funktionieren.

(Cornelius Hopmann)

ISDN ist zu gut

Die im Zuge der Einführung von ISDN erfolgende Digitalisierung des Fernsprechnetzes bietet - wie wir wissen - interessante neue Möglichkeiten. So zum Beispiel erlaubt die "Automatic Number Identification (ANI)" eine automatische Auswertung der mit einem Anruf ankommenden Telefonnummer des Anrufenden. Mit dieser Möglichkeit konnten amerikanische Firmen - in der Entwicklung wieder einmal voraus - in Pilotprojekten schon Erfahrungen sammeln.

Sie berichteten darüber auf der Tagung "Preparing for Integrated Services Digital Network", die im Dezember in Toronto stattfand. So wurden Kunden, die bei der Firma American Express Travel Related Services (TRS) anriefen, zu Beginn des Projektes mit Namen begrüßt: Pause. Dann die Frage des Anrufenden: "Woher wissen Sie das?" Die Angestellten der Firma TRS bekamen daraufhin die Anweisung, die Anrufenden nicht mehr mit Namen zu begrüßen, sondern diese Information vom Anrufenden einzuholen, obwohl sie sie in Wirklichkeit schon auf ihrem Bildschirm sehen konnten. Zwar hat die Firma TRS inzwischen dementiert, daß sie die Möglichkeiten von ANI zur Identifikation der Anrufenden verwendet und negative Reaktionen ihrer Kunden bekommen hat, doch versichern an diesem Projekt Beteiligte (die anonym bleiben wollen), daß zahlreiche Kunden auf die persönliche Begrüßung unfreundlich reagiert haben.

Die Firma American Transtech, eine der größten Telemarketing Firmen der USA, bedient sich des ANI-Systems zur Bestimmung des Wohnortes eines Anrufenden und reduziert damit die Zeit, den nächstgelegenen Händler oder Kundendienst zu finden. "Wir begrüßen die Kunden nicht mit Namen, denn es könnte den Anrufenden Angst machen," sagte ein Firmensprecher. "Wir könnten es tun, aber wir wollen die Kunden nicht wissen lassen, daß wir auf ihre Telefonnummer Zugriff haben."

Auch andere ISDN-Anwender sehen Probleme mit der durch ANI gegebenen Identifizierungsmöglichkeit voraus: Sie bemühen sich, zu verheimlichen, daß sie den Anrufern kennen, bevor dieser sich meldet.

Unter den Anwendern von ISDN und ANI verbreitet sich Furcht vor rechtlichen Schritten der Anrufer, wenn diese das System erst einmal durchschaut haben. Es gibt Fernsprechteilnehmer, deren Nummern mit gutem Grund nicht im Telefonbuch eingetragen sind. Und die könnten eine Protestbewegung auslösen und anführen.

Der für Telekommunikation Verantwortliche einer anderen großen Telemarketing Firma versicherte, seine Firma werde die Anonymität der Anrufer wahren. Es wird sich zeigen, ob das möglich ist. Denn die Technik liefert die Nummer des Anrufenden ohne Ansehen der Person. Und (bisher) ohne die Zusatz-Information, daß der Teilnehmer NICHT im Telefonbuch steht.

Herr Schwarz-Schilling wird über all diese Probleme sicher nachdenken lassen ...

(In der FIFF KOMMUNIKATION 2/89 berichteten wir über die besorgniserregende Zunahme von Nazi-Software. In Köln hat sich Anfang Mai ein Verein gegründet, der dagegenhalten will.)

Gegen Nazi-Software

"Völkerverständigende und demokratische Ziele" im Umgang mit dem Computer hat sich der neu gegründete "Internationaler Computer Club" in Köln gesetzt. Als Folge einer Diskussionsveranstaltung über Naziware haben sich Jungsozialisten und Mitglieder der vor allem von türkischen Jugendlichen aus Köln-Kalk herausgegebenen Jugendzeitung "Chip Generation" zu diesem Verein zusammengefunden. Nach diesem Vorbild sollen sich auch in anderen Städten ähnliche Vereine gründen, um

"gegen die ausländerfeindlichen Computerspiele" vorzugehen, wie Juso-Sprecher Koch erläuterte. Vertreter von Computerfirmen sollen ebenso wie Politiker als Mitglieder gewonnen werden.

Ökologische Informatik

Alternativen zu entwickeln für einen neuen, "sanften" Umgang mit der Informationstechnologie, ist das Ziel des Anfang März in Köln gegründeten "Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie", kurz IKÖ genannt.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien greifen immer weiter in das Leben der Menschen ein. Das unabhängig arbeitende IKÖ will sich mit den bisher wenig untersuchten Auswirkungen und Gefahren dieser neuen Technik beschäftigen, da auf diesem Gebiet ein erhebliches Wissensdefizit zu verzeichnen ist.

"Die Informations- und Kommunikationstechniken werden massiv von Staat und Wirtschaft gefördert", betont der Bremer Professor Herbert Kubicek und "an der Schwelle zur heraufbeschworenen Informationsgesellschaft wollen die IKÖ-Mitglieder die Weichen anders stellen, und zwar in Richtung auf eine dem Menschen gemäße, demokratische- und umweltverträgliche Kommunikation."

Das IKÖ versteht sich als eine Gegenbewegung zum rein technisch-ökonomisch orientierten "Fortschritts"-Denken. Es will als Forum dienen für Diskussionen quer durch die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen sowie politischen und sozialen Gruppierungen. Zudem möchte man Forschungsaufträge annehmen und Gutachten erstellen.

Im folgenden Beitrag stellt das IKÖ sich und eine seiner ersten Aktionen vor.

Nach der Volks- zählung die Kommunikations- zählung?

Was will IKÖ?

Das neu gegründete Institut für Informations- und Kommunikationsökologie (IKÖ) will ein Gegengewicht in der von Hersteller- und Anwenderinteressen sowie Wachstumsdenken bestimmten öffentlichen Diskussion über die sogenannten Neuen Informations- und Kommunikationstechniken schaffen. Denn durch die Verknüpfung von elektronischen Systemen in Betrieben und Haushalten über neue Fernmelde-netze entsteht eine weitere Großtechnologie. Die Risiken betreffen hier jedoch weniger die natürlichen als vielmehr unsere kulturellen und sozialen Lebensgrundlagen. Bedroht sind die freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Entwicklung zu solidarischer Lebensgemeinschaft und lebendiger Demokratie. Wie im Umweltbereich ist es auch hier erforderlich, neben wissenschaftlicher Technikfolgenabschätzung die Öffentlichkeit frühzeitig über Risiken zu informieren, kritische Kräfte zu bündeln und gemeinsame Aktionen zu organisieren.

Probleme der Computerisierung des Fernsprechnetzes

Eine wesentliche Entwicklungslinie in diesem problematischen Prozeß stellt die begonnene Umrüstung des Fernsprechnetzes zu einer computergesteuerten und computergerechten (digitalen) Telekommunikationsinfrastruktur dar. Wie bei anderen Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Autobahnen) treten viele negative Folgen erst mit der Zeit und verteilt auf unterschiedliche Bereiche ein. Schon jetzt sind jedoch unmittelbare Beeinträchti-

gungen des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung durch die speziellen technischen Maßnahmen (Digitalisierung, ISDN) offensichtlich:

Die Digitalisierung der Fernsprechtsvermittlungszentren erzwingt technisch notwendig die Speicherung der Rufnummern der Anrufenden und Angerufenen. Zusammen mit Datum, Uhrzeit und Gebühreneinheiten werden Kommunikationsdatensätze erzeugt, die die Deutsche Bundespost gemäß der von ihr selbst erlassenen Telekommunikationsordnung (TKO) z.B. im Rahmen der sogenannten Vergleichszählung speichert und dem beantragenden Teilnehmer ohne Wissen und Einwilligung der jeweils anderen herausgibt. In der TKO ermächtigt sich die Post, diese Daten auch längerfristig für nicht näher erläuterte "betriebliche Gründe" zu speichern.

Die nächsten Schritte der Bundespost

Dies ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zur umfassenden Speicherung der Kommunikationsdaten aller Fernsprechteilnehmerinnen und -teilnehmer. In einer bisher wenig in der Öffentlichkeit beach-

teten Antwort auf eine Kleine Anfrage hat die Deutsche Bundespost dem Deutschen Bundestag mitgeteilt:

- Ende 1989 soll für Anschlüsse an digitale Ortsvermittlungszentren ein sogenannter Einzelgebührennachweis angeboten werden. Den beantragenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird dann eine detaillierte Auflistung aller von ihrem Anschluß geführten Gespräche einschließlich der angerufenen Nummern übermittelt. Damit können Ehemänner ihre Frauen, Eltern ihre Kinder und Wohngemeinschaftsmitglieder sich gegenseitig kontrollieren. Darüberhinaus werden mit der Zielnummer auch personenbezogene Daten ohne deren Wissen und Einwilligung herausgegeben - unabhängig davon, ob ein Gespräch beabsichtigt oder versehentlich zustande gekommen ist. Diese Daten sollen bei der Bundespost 80 Tage gespeichert bleiben und werden viele Begehrlichkeiten wecken.
- Wenn die digitalen Ortsvermittlungszentren in einem zweiten Schritt auf den sogenannten ISDN-Standard umgestellt werden, sollen die Kommunikationsdatensätze aus bis zu 500 dieser

Stellen in jeweils einem regionalen Gebührenrechenzentrum konzentriert gespeichert werden. Eine Beschränkung auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die einen Einzelgebührennachweis beantragt haben, sei nicht möglich. Hiermit werden immense Datenbestände geschaffen, die einen differenzierten Einblick in das Kommunikationsverhalten einzelner Personen sowie ganzer Regionen ermöglichen - nach der Volkszählung nun die permanente Kommunikationszählung? Für diese Ansammlung höchst sensibler Daten fehlt die nach dem Volkszählungsurteil erforderliche gesetzliche Grundlage. Die von der Deutschen Bundespost selbst erlassene Telekommunikationsordnung enthält zwar einige unbestimmte Datenschutzregelungen, kann jedoch jederzeit ohne Beteiligung des Parlaments geändert werden und bietet so keinen dauerhaften Schutz gegen Zweckentfremdung und Mißbrauch.

- Im ISDN wird die Rufnummer der Anrufenden an die Angerufenen übermittelt und kann dort am Display des Apparates angezeigt werden. Diese Möglichkeit soll nicht auf Verbindungen zwischen ISDN-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern beschränkt bleiben. Vielmehr soll ab 1990/91 auch die Rufnummer derjenigen mit altem (analogem) Telefonanschluß weitergegeben und angezeigt werden, ohne daß sie dies im Einzelfall wissen und beeinflussen können. Zwar will die Deutsche Bundespost auf Antrag generell die Weitergabe der Rufnummer unterbinden. Dann ist es jedoch nicht möglich, etwa beim Anruf bei Bekannten die Rufnummer anzuzeigen, bei einer Drogen-, AIDS- oder sonstigen Beratungsstelle aber anonym anzufragen.

Ein Brief an den Bundespostminister

Die Deutsche Bundespost begründet all diese Schritte mit der großen Nachfrage nach diesen Möglichkeiten. In den letzten Monaten haben jedoch mehrere Personen, die diese Entwicklung mit



(Jan Tomaschoff, SZ)

Unbehagen sehen oder ablehnen, Briefe an die Bundespost geschickt.

IKÖ greift diese Initiative auf und stellt allen, denen diese Entwicklung Sorgen bereitet, einen Musterbrief an den Bundespostminister zur Verfügung (*dieser Brief ist zusammen mit einer Antwort des Ministers unter dem Titel "Aktion ... Reaktion" abgedruckt*). Damit sollen zum einen die rechtlichen Möglichkeiten des Bundesdatenschutzgesetzes wahrgenommen und zum anderen die eigenen Bedenken der Bundespost mitgeteilt werden.

Werden diese Briefe in großer Zahl verschickt, so könnte dies zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit diesen Risiken in der Öffentlichkeit beitragen. Die zu erwartenden Antworten der Deutschen Bundespost könnten darüber hinaus Ansatzpunkte für gerichtliche Klagen bieten, die IKÖ durch Spendenfonds unterstützen würde.

Wir bitten daher alle Absender, uns eine Kopie ihres Briefes sowie einer eventuellen Antwort der Bundespost zuzusenden.

Kontaktadresse:
IKÖ, z.H. Herbert Kubicek
Universität Bremen
FB Mathematik/Informatik
Bibliothekstraße
2800 Bremen 33

FIFF-München: Wochenend- klausur '89

Vom 21.-23.4. fand im Naturfreundehaus in Weilheim das diesjährige Wochenende der FIFF-Gruppe München statt. Unser Ziel war die Umsetzung der Ideen vom Wochenende '88 in erste praktische Schritte. Die 11 TeilnehmerInnen bildeten drei Arbeitsgruppen mit den Themen:

- Entwurf einer Plakatwand
- Jugendfreizeit mit Computern: Wir erforschen die Isar und die Ammer.
- 1992: FIFF - Europaweit

Über die ersten beiden Punkte soll hier berichtet werden. Über den dritten Punkt gibt der Artikel "1992 - FIFF europaweit" Auskunft (*in dieser FIFF KOMMUNIKATION*).

Plakatwand

Unser Ziel ist, mit dem Plakat KollegInnen aus dem Rüstungsbereich zu persönlicher Konversion in den zivilen Bereich anzustiften. Der zentrale Satz dabei lautet: "Gib Rüstung keine Chance - programmiere für das Leben". Das Plakat soll an öffentlichen Plätzen angeschlagen werden, vielleicht sogar vor bekannten Rüstungs-Software-Schmieden! Wir haben einen Entwurf gemacht, er muß aber vor allem in grafischer Hinsicht noch überarbeitet werden. Die Aufgaben sind verteilt. Näheres im nächsten Heft.

Jugendfreizeit mit Computern: Wir erforschen die Isar und die Ammer

Motivation für unsere Arbeitsgruppe war die Ideensammlung bzw. Vorbereitung einer Jugendfreizeit, bei der Computer und Natur im Mittelpunkt stehen sollten. Denn häufig nutzen Jugendliche den Computer nur für sinnlose Kampf- und Abenteuerspiele. Dazu versuchten wir, ein Konzept zu entwickeln, um Jugendliche anzuregen, den Computer als Werkzeug für sinnvolle Aufgaben zu verwenden und sich auch in der Natur zu bewegen. Wir konzipierten ein Wochenende und eine Wochenfreizeit für Jugendliche von 13 bis 15 Jahren mit folgenden Programmpunkten:

- Exkursionen zum Sammeln von Meßwerten
- Einfache chemische Meßverfahren zur Bestimmung der Wasserqualität
- Wie funktioniert ein Computer?
- Wie kann man mit einem Computer die Meßwerte auswerten?

-ie FIFF-Arbeitsgruppe will diese Freizeiten gemeinsam mit Biologen und den Naturfreunden München durchführen.

(Bernd Rendenbach)

Aktion ... Reaktion

Das ist die Antwort des Bundespostministeriums auf den auf der gegenüberliegenden Seite abgedruckten Brief (*siehe auch Artikel "Nach der Volkszählung die Kommunikationszählung?"*):

Bonn, 16.5.89

DER BUNDESMINISTER FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

Digitalisierung des Telefonnetzes
und ISDN-Einführung

Sehr geehrte...

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens zum Thema "Digitalisierung des Telefonnetzes und ISDN-Einführung". Wegen der darin von Ihnen gestellten Anträge auf Auskunft zu bestimmten Datenspeichungen und -übermittlungen habe ich Ihr Schreiben über die zuständige Oberpostdirektion an Ihr Fernmeldeamt weitergeleitet, da die Unterlagen über Ihren Telefonschluß dort geführt werden.

Außer Ihrem Antrag sind im Rahmen einer offenbar gesteuerten Aktion zahlreiche gleichlautende Anträge eingegangen. Diese Anträge werden geprüft und sobald wie möglich beantwortet. Ein Termin für die Beantwortung kann im Hinblick auf die Komplexität des Themas und die Bedeutung einer Vielzahl von Eingaben z.Z. noch nicht angegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Mohr

An den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
Herrn Dr. Christian Schwarz-Schilling
5300 Bonn 2

Betr.: Speicherung, Verarbeitung und Übermittlung meiner Rufnummer
(.....)

Bezug: Digitalisierung des Fernsprechnetzes und ISDN-Einführung

Sehr geehrter Herr Minister,

in der Öffentlichkeit preisen Sie die Vorzüge der Umrüstung des Fernsprechnetzes. Weil durch diese technischen Änderungen wesentlich mehr Daten über mein Telefonverhalten anfallen und nach der Telekommunikationsordnung (TKO) auch gespeichert, verarbeitet und übermittelt werden dürfen, bin ich darüber zutiefst beunruhigt. Ich sehe darin einen schwerwiegenden Eingriff in mein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, weil mein Einverständnis zu dieser weit über das bisherige Maß hinausgehenden Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten nicht eingeholt worden ist. Und ich teile die Bedenken der Datenschutzbeauftragten, ob die TKO eine hinreichende Rechtsgrundlage für die zwangsweise Speicherung und Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten bietet.

In Wahrnehmung meiner gesetzlichen Rechte nach § 4 Bundesdatenschutzgesetz stelle ich hiermit folgende Anträge:

(1) Auskunftverlangen gemäß § 4 Nr. 1 BDSG

Ich bitte um detaillierte Auskunft, welche Daten (Bestandsdaten, Verbindungsdaten, Gebührendaten und sonstige Betriebsdaten) die Deutsche Bundespost zur Zeit über meine Person bzw. meine Rufnummer zu welchem Zweck wie lange speichert und nach Digitalisierung der Ortsvermittlungsstelle, an die mein Telefon angeschlossen ist, zu speichern beabsichtigt.

Darüberhinaus bitte ich um Auskunft, an wen welche Daten zu welchem Zweck übermittelt worden sind und in Zukunft übermittelt werden sollen. Dabei geht es mir auch um die Übermittlung meiner Rufnummer als Zielnummer im Zusammenhang mit "Vergleichszahlungen" (§ 84 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 4 TKO) oder dem "Feststellen ankommender Wahlverbindungen" (§ 84 Abs. 1 Nr. 6, § 108 Abs. 1 Nr. 4 TKO).

(2) Löschung der Daten gemäß § 4 Nr. 4 BDSG

Ich bitte um sofortige Löschung meiner personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit "Vergleichszahlungen" oder dem "Feststellen ankommender Wahlverbindungen" unzulässigerweise aufgezeichnet werden.

Darüberhinaus erkläre ich hiermit im Hinblick auf bereits geplante Veränderungen, daß ich nicht damit einverstanden bin, daß

- meine Rufnummer als Zielnummer auf Einzelgebührennachweisen an Dritte übermittelt wird,
- meine Rufnummer an die Anschlüsse der Angerufenen übermittelt wird (§ 105 Abs. 1 Nr. 5 TKO),
- in Zukunft für sämtliche von mir geführten Telefongespräche über die Gebühreneinheiten hinaus Datum, Uhrzeit und Zielnummer in Gebührenrechenzentren gespeichert werden.

Mit freundlichen Grüßen

PROgrammierte SOZialhilfe

Am 11. April 1989 fand in München ein Informationsabend über PROgrammierte SOZialhilfe (PROSOZ) statt. Unter dem Motto "wer hat was zu erhoffen oder zu befürchten?" wurden betroffene Mitarbeiter und Sozialhilfeempfänger über die Zusammenhänge der Einführung von PROSOZ im Sozialhilfereferat der Landeshauptstadt München informiert. Veranstalter war das Sozialpolitische Forum München e.V. in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ÖTV Bezirk Bayern und FIFF-München.

Zu Beginn konnten die Teilnehmer anhand zweier PCs ein dem PROSOZ ähnliches Programmsystem namens SOLDI ausprobieren und sich einen Eindruck verschaffen, wie solch ein System aussehen kann. Diese Möglichkeit wurde eifrig genutzt, wobei sich mehr Zustimmung als Ablehnung für die Qualität und die Benutzerführung von SOLDI ergab.

Darauf folgten zwei Sketche, die die Beratungssituation einmal mit und einmal ohne PC-Unterstützung gegenüberstellten. Ohne PC lief die Beratung als ruhiges, freundliches Gespräch ab, in dem es viel Augenkontakt und ein individuelles Eingehen auf die Notsituation der Antragstellerin zu beobachten gab. In dem (notwendigerweise) etwas überzeichneten zweiten Sketch eines Gesprächs mit PC-Unterstützung war der ganze Ablauf auf die Maschine abgestellt: nicht die Sachbearbeiterin führte letztlich das Gespräch, sondern das Programm diktierte über die jeweils auszufüllende Eingabemaske den Ablauf. Die Antragstellerin wurde zusehens ungehaltener, weil nicht auf ihre speziellen Fragen und Nöte eingegangen werden konnte, sondern noch dem Schema "jetzt brauch ich erstmal ... von Ihnen" vorgegangen wurde.

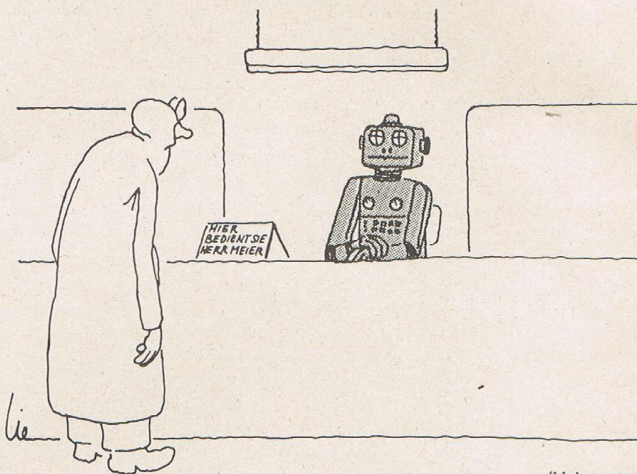
Im Anschluß gab es eine Reihe von kurzen Statements mit anschließenden Diskussionen zu Aspekten wie: - Was ist PROSOZ -

Was wird sich im Sozialamt durch die Einführung von PROSOZ ändern - Konsequenzen für die Arbeit der MitarbeiterInnen des allgemeinen Sozialdienstes der Landeshauptstadt München - Welche Folgen hat PROSOZ im Sozialamt für die SozialhilfeempfängerInnen - Interessen des Arbeitgebers an der PROSOZ Einführung (aus Sicht der ÖTV) - Argumente und Forderungen der Gewerkschaft ÖTV zu PROSOZ.

Demnach ist PROSOZ ein Auskunftssystem für den Angestellten in der Sozialhilfeverwaltung, das interaktiv in der Beratungssituation

Hektik durch den Umgang mit dem Rechner.

Interessant war eine Kontroverse zwischen Befürwortern, die eine Entlastung der Antragsteller durch Verminderung des als unangenehm angenommenen direkten persönlichen Kontakts zu dem/der SachbearbeiterIn prognostizierten, mit den Gegnern. Diese sahen dagegen diesen direkten Kontakt als wertvoll und entlastend für den/die AntragstellerIn an und befürchteten eine Beeinträchtigung durch die Aufdringlichkeit des PCs, der womöglich noch mit lautem Drucker im gleichen Raum ausgestattet ist.



(Liebermann)

die entsprechenden Daten aufnimmt und anhand von eingespeicherten Regeln den voraussichtlichen Sozialhilfesatz berechnet und ausgibt. In wieweit dabei Abgleiche mit anderen Datensammlungen (KFZ-Zulassungsstelle, Einwohnermeldeamt, ...) stattfinden werden, konnte nicht eindeutig geklärt werden.

Als problematisch wurde die Verlagerung von Entscheidungskompetenz auf den Rechner unter den Aspekten Verhinderung von Ermessenswillkür und Einschränkung von Ermessensspielraum gesehen. Befürchtet werden Leistungskontrollen über den Rechner, Abwertung der betroffenen Stellen, Steigerung der Fallzahlen (Anzahl der Antragsteller, die pro Zeiteinheit zu beraten sind) und mehr

Als offizielle Vorteile der Einführung von PROSOZ, die nach einer Äußerung der anwesenden Leiterin des Sozialamtes noch gar nicht beschlossen sei, wurde eine Verbesserung der Qualität der Sozialhilfe, eine Humanisierung der Arbeit durch Entlastung von Routinetätigkeit und eine erhöhte Gerechtigkeit in der Sozialhilfegewährung genannt.

Die tatsächliche Gründe für die Einführung sind nach Ansicht der ÖTV-Vertreter Rationalisierung, eine erhöhte Kontrolle der MitarbeiterInnen und eine angestrebte Erhöhung der Fallzahlen pro MitarbeiterIn. Dabei würden die eigentlichen Probleme wie beengte Räumlichkeiten und zu geringe Personalstärke unter Hinweis auf die

kommende Entlastung durch die EDV-Einführung nicht angepackt.

Als Abschluß der Veranstaltung hielt Klaus Klassen einen sehr fundierten Übersichtsvortrag über "EDV und ISDN-Einführung in der Stadtverwaltung - Bedeutung für BürgerInnen und Stadtverwaltung". Über die im FIFF bekannten Argumente hinaus (siehe zum Beispiel die Stellungnahme des FIFF-Vorstands zu ISDN in einem der früheren Hefte), konstatierte Klassen ein Auseinanderbrechen der Qualifikation nach Einführung von EDV-Systemen. Ein sehr kleiner Teil von MitarbeiterInnen wird zu EDV-Experten, die Mehrheit dagegen, die nur das Allernötigste über das System weiß, wird entsprechend niedriger eingestuft und zunehmend von den Experten abhängig.

Vielleicht regt dieser Bericht andere FIFF-Regionalgruppen an, ähnliche Veranstaltungen zu machen (siehe auch FIFF KOMMUNIKATION 2/89 mit einem Bericht über einen Videofilm, der unter anderem PROSOZ zum Thema hat).

(Fritz Obermaier)

Kontrollierte RechnerInnen

Am Fachbereich Informatik der Carl von Ossietzky Universität wurde in diesem Jahr ein "Zutrittskontrollsystem" für Rechner- und Praktikumsräume usw. eingeführt. Dieses System kann protokollieren, wann und wie lange sich eine Person in welchem Raum aufgehalten hat.

Wir sind mit einer solchen Protokollierung nicht einverstanden. Ein System mit der Funktion eines Schlüssels würde ausreichen.

Wir wollen uns in der Regionalgruppe mit diesem Problem beschäftigen und versuchen, eine Protokollierung zu verhindern. Deshalb bitten wir Euch, unsere Fragen zu beantworten, um damit Eure Erfahrungen in unsere Arbeit und Argumentation einfließen lassen zu können (siehe Fragebogen am rechten Rand der Seite). Vielen Dank für Eure zahlreichen Antworten!

Besuch aus der Sowjetunion

Die Friedensbewegung hatte Besuch: 115 Bürger aus dem europäischen Teil der Sowjetunion waren eine Woche lang (24. bis 31. Mai) Gäste der Friedensinitiativen in der Bundesrepublik.

Beim FIFF waren Fedor Fedorov, 78, theoretischer Physiker, Akademiemitglied und Präsident des Friedensfonds aus Minsk und Katri Kottav, 26, Dolmetscherin und Fremdenführerin aus Tallinn. Sie waren in Frankfurt, Bremen, Hamburg, München und Bonn. Beide waren sehr froh über diese unerwartete Gelegenheit, mit den Menschen in der Bundesrepublik in Kontakt zu kommen und völlig überrascht über die außerordentliche Freundlichkeit, mit der man ihnen begegnete. Neben persönlichen Gesprächen und Sightseeing gab es einige Diskussionsveranstaltungen. Die letzte war der Abend im FIFF-Büro, zu dem zahlreiche TeilnehmerInnen aus dem Bonner Raum, aus Köln und Koblenz gekommen waren. Fedor sprach von der Rolle des sowjetischen Friedenskomitees und Friedensfonds, seine Erfahrungen mit bundesdeutschen Friedensgruppen in seiner Heimatstadt und deren Besuch der Gedenkstätte nahe bei Minsk, die an die hundert von deutschen Truppen ausgelöschten weißrussischen Dörfer erinnert. Er betonte, wie wichtig ihm die persönliche Begegnung mit den Menschen in der Bundesrepublik sei und welch herzliche Gastfreundschaft er auf dieser Reise erfahren habe. Katris Erfahrungen mit der Friedensbewegung beschränkten sich bisher auf die Führung einer bundesrepublikanischen Friedensgruppe durch Tallinn. Dem örtlichen Friedenskomitee steht sie eher skeptisch gegenüber. Die geschichtlichen Erfahrungen der vielen Völker der Sowjetunion sind nicht dieselben; das wurde uns durch unsere beiden Gäste deutlich vor Augen geführt. Der gesamte Abend wurde - wie sollte es anders sein - dominiert von unserer Neugier auf die politischen Veränderungen in der Sowjetunion. Vom Ver-

Fragebogen zu "Zutrittskontrollsystemen"

(zum Artikel "Kontrollierte RechnerInnen" links auf dieser Seite)

An die
FIFF-Regionalgruppe
c/o Fachschaft Informatik
Carl von Ossietzky Universität
Ammerländer Heerstraße
2900 Oldenburg

- Wie heißt Eure Institution?

- Ist bei Euch ein "Zutrittskontrollsystem" installiert?

- Welche Möglichkeiten bietet das System (Schlüsselsatz, Protokolle, ...)?

- Falls Protokolle erzeugt werden: was kann wie protokolliert werden?

- Welche Möglichkeiten werden tatsächlich genutzt?

- In welcher Form und wie lange werden Informationen gespeichert?

- Aus welchen Gründen wurde das System eingeführt?

- Gab es Probleme bzw. Widerstände bei der Einführung?

gleich der Friedensbewegungen ging es nahtlos weiter zur Frage der Ökologie. Während bei uns Friedens- und Ökologiebewegung in großen Teilen konvergieren, tut sich in der UdSSR noch wenig im Sinne einer Friedensbewegung "von unten", dafür aber viel bei "grünen" Themen. Katri berichtete von den Problemen der estnischen grünen Gruppen und ihren Erfolgen. Fedor sprach von der Arbeit, die Mitglieder der weißrussischen Akademie der Wissenschaften bei der Strahlenmessung von Agrarprodukten geleistet haben, weil die Behörden untätig blieben und daß die Wissenschaftler der Akademie die Einrichtung eines Instituts für Ökologie beschlossen haben und mit entsprechenden Forderungen an die Regierung herangetreten seien - eine Aktion, die in den 34 Jahren seiner Mitgliedschaft in der Akademie kein Beispiel hat.

So fiel die Antwort auf die - wie Katri sagte, typisch deutsche - Frage, ob die Entwicklung in der Sowjetunion zurückzudrehen sei, auch klar aus: wohl kaum. In der Sowjetunion vollzieht sich eine Entwicklung, die auch bei eventuellen Rückschlägen zu letztlich nicht wieder rückholbaren Ergebnissen führt, so gern dies dort wie hier einige Leute sähen.

Die Besuchsreise war ein erstes Stückchen Volksdiplomatie, auch wenn im Vorfeld manches nicht geklappt hatte und wir bis zuletzt nicht wußten, wer uns besuchen würde und ob unserem Wunsch, FachkollegInnen begrüßen zu können, entsprochen würde. Es wurde nichts daraus, das war schade, aber es war ja erst ein Anfang. Für Fedor und Katri war die Situation dadurch erschwert; es waren Erwartungen, die sie nicht erfüllen konnten. Menschlich wurden alle Beteiligten voll entschädigt. Für Fedor war die Reise ein Wunder, nicht zuletzt auch deshalb, weil sein sehnlicher Wunsch in Erfüllung gegangen war, den Kölner Dom zu erleben (375 von 509 Stufen ist er hochgestiegen) und die Geburtsstadt Beethovens, den er so sehr verehrt, zu sehen. Die selbstverständliche Ehrfurcht vor Menschen und ihren Werken, die Fedor zum Ausdruck brachte, machte betroffen.

(Helga Genrich)

Internationaler Wissenschaftler/innen Appell:

Stoppt die atomare Rüstung jetzt - weiter abrüsten

Die Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" sammelt Unterschriften für folgenden Abrüstungsappell:

"Das INF-Abkommen, der erste Vertrag über Abrüstung, markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen. Zur gleichen Zeit jedoch, da Pershing II, Cruise Missiles und ihre sowjetischen Pendanten abgerüstet wurden, verkündete die NATO Pläne für die Produktion neuer atomarer und konventioneller Waffen, die in Europa stationiert werden sollen.

Wir appellieren an die Regierungen aller Staaten, Gorbatschows Abrüstungsvorschläge mit neuen Abrüstungsschritten und nicht mit der Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme zu beantworten. Die Konfrontation zwischen Ost und West muß durch gemeinsame Sicherheit und Kooperation ersetzt werden. Drängende Probleme der Menschheit wie Hunger und Armut und die Zerstörung der Umwelt müssen gelöst werden. Das fortgesetzte Wettrüsten entzieht der Suche nach Lösungen für diese Probleme ungeheure materielle und intellektuelle Ressourcen und zerstört die Möglichkeit zu internationaler Zusammenarbeit.

Als dringenden nächsten Schritt fordern wir daher einen Stop der Entwicklung und Stationierung neuer atomarer Waffen in Europa. Wir wollen alle Seiten dazu bringen, die historische Chance für eine Fortsetzung des begonnenen Abrüstungsprozesses zu nutzen."

Unterschriftenlisten gibt es bei

Reiner Braun
Amsterdamer Str. 64
5000 Köln 60

FIFF e.V.

Einladung nach Frankfurt/Main

An alle FIFF-Mitglieder!

Der Vorstand lädt herzlich ein zur nächsten **FIFF-Mitgliederversammlung**

am Sonntag,
den 8. Oktober 1989, 11 Uhr,
Johann-Wolfgang-Goethe-
Universität Frankfurt/Main,
Hauptgebäude, Hörsaal 6,
Eingang Jordanstraße.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Beschlußfassung über Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahlordnung
3. Bericht des Beirats
4. Bericht des Vorstands einschließlich Kassenbericht
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Diskussion des Vorstandsberichts und der Kassenprüfung
7. Entlastung des Vorstands und der Kassenprüfer
8. Neuwahl des Vorstands
 - Wahl der Wahlleiterin oder des Wahlleiters
 - Wahl einer Wahlkommission
 - Wahl der/des Vorsitzenden
 - Wahl der/des Stellvertretenden Vorsitzenden
 - Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder (Beisitzer)
9. Neuwahl der Kassenprüfer
10. Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Verabschiedung von Resolutionen

Wir weisen darauf hin, daß
- entgegen dem ersten Augen-

schein - die vorgeschlagene Tagesordnung nicht nur aus Formalpunkten besteht; der Tagesordnungspunkt 6 bietet Gelegenheit, über die in den vorangegangenen Berichten angesprochenen Themen hinaus alle Aspekte der zurückliegenden und künftigen Entwicklung des FIFF zu diskutieren.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen in Frankfurt!

Aus dem Büro

Dieses Heft der **FIFF KOMMUNIKATION** ist das zweite, das in einer neuen Versandform, als **Postvertriebsstück**, herausgebracht wurde.

Es hat für Sie den Vorteil, daß Sie die **FIFF KOMMUNIKATION** schneller erhalten, und für das **FIFF**, daß es Portokosten einsparen kann. Die Umstellung hat es mit sich gebracht, daß wir einige Adressen den Anforderungen der Post anpassen mußten. Wenn Sie also von uns eine neue Adresse bekommen haben, ohne umgezogen zu sein, dann liegt das an dieser Umstellung.

Mit FIFFigen Grüßen

Ute und Ingo

P.S.: Das Büro hat eine neue
Telefonnummer: 0228/ 21 95 48

Bericht von der Vorstandsklausur

Vom 3. bis 5. Mai traf sich der Vorstand zu einer Klausurtagung in Gifhorn.

Die **Gemeinnützigkeit des FIFF** ist nicht unwichtig, da sie uns eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit sichert, zum anderen aber auch ein politisches Gut darstellt. Denn nach unserem Selbstverständnis und politischen Anspruch hat unsere Arbeit sehr wohl einen gemeinnützigen Stellenwert. Dies darf jedoch nicht

so verstanden werden, als bemühten wir uns, hoffähig zu werden. In keinem Fall darf die Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Gemeinnützigkeit zu Einschränkungen in der Meinungsäußerung z.B. durch öffentliche Stellungnahmen des **FIFF** führen.

Das **Faltblatt mit der Selbstdarstellung des FIFF** kann nun produziert werden. Dank Reinhold Francks Vorarbeiten konnte sich der Vorstand auf einen Text einigen. Strukturierung, Layout und Grafik werden in Bonn gemacht. Es wird das inzwischen durch die **FIFF KOMMUNIKATION** eingeführte Logo bekommen.

Einige **Veranstaltungen befreueter Organisationen** bieten sich an bzw. erfordern eine **Mitarbeit des FIFF**:

- der BdWi plant für Dezember 1989 einen Workshop in Marburg zum Thema "Wissenschaft und Krieg", **FIFF** müßte sich mit dem Arbeitskreis "Rüstung in der Informatik (RUIN)" beteiligen.
- "Europa ohne Grenzen - grenzenlose Kontrolle" ist das Motto einer Veranstaltung der DVD vom 17. bis 19. November in Bonn. **FIFF** ist gebeten worden, sich zu beteiligen.
- Die GI plant ein Fachgespräch "Voraussetzungen und Grenzen betrieblicher Gestaltung computergestützter Arbeitsplätze" am 19. Oktober in München.
- Gerhard Knies, Desy, plant eine Veranstaltung der Naturwissenschaftler-Initiative zum Thema "Strukturelle Nichtverteidigungsfähigkeit moderner Industriestaaten". Reinhold Franck und Ralf Klischewsky wollen Kontakt halten.

Eine **Bilanz der Arbeit** seit Oktober 1987 ergab eine lange Liste nicht-realisierter Vorhaben, die weiterhin einer Erledigung harren. Als positive Leistungen sah der Vorstand die **ISDN-Stellungnahme**, den **Technikfolgenforschungs-Ansatz**, die Zusammenarbeit mit **IWIF**, die **FIFF KOMMUNIKATION**, die Selbstverständnis-Diskussion samt Flugblatt und die gute inhaltliche Arbeit des Bonner Büros.

(Helmut Weber)

Die Informationsgesellschaft - eine schöne neue Welt?

von Ruth Leuze

"O Wunder!
Was gibt's für herrliche Geschöpfe hier!
Wie schön der Mensch ist!
Schöne neue Welt, die solche Bürger trägt!"

Diese Worte der Miranda aus Shakespeares "Sturm" legt Aldous Huxley in seinem utopischen Roman Michael, dem Wilden, in den Mund, als dieser erstmals ein menschliches Wesen aus der phantastischen Welt des mythenumwobenen Ford erblickt - des amerikanischen Autokönigs, der, weil er der Fließbandproduktion zum Durchbruch verhalf, bei Huxley an Gottes Stelle tritt und zum Begründer einer neuen Zeitrechnung wird.¹ "Brechen wir gleich auf", ruft der Wilde ungeduldig. Er will mit eigenen Augen den verheißungsvollen Weltstaat sehen, dessen Wahlspruch "Gemeinschaftlichkeit, Einheitlichkeit und Beständigkeit" unwillkürlich Assoziationen an die Parole der französischen Revolution weckt.

Doch lassen wir uns nicht täuschen: Bei Huxley geht es um totalitäre Herrschaft durch Glück. Dieser utopische Staat setzt, um seine unumschränkte Macht zu erhalten, alles daran, "die Menschen ihre unentrinnbare soziale Bestimmung lieben zu lehren" und darauf auszurichten, daß sie allein ihrem Vergnügen leben. Seine Mittel zum Zweck sind eine hochentwickelte Technik, eine die Natur durch künstliche Zeugung und Genmanipulation überlistende Medizin, die stets verfügbare Glücksdroge Soma und fortlaufende Indoktrination bei Tag und Nacht. Die so produzierten Bürger sind gesichts- und alterslose Konformisten, die abgezählt und in Klassen eingeteilt zufrieden vor sich hin leben. Taucht gelegentlich einmal infolge ungenügender Normung

- so kleine Schwächen leistet sich dieser Staat - ein Außenseiter auf, der gegen das verordnete Glück rebelliert und statt dessen ein Recht auf Freiheit, Sünde, Gefahr, ja Unglück fordert und dagegen ankämpft, alles öffentlich tun und nach der Devise "jeder ist jedermanns Eigentum" Leben zu müssen, kennt der Weltstaat nur eine Antwort: Schmähungen und anschließende Verbannung auf die Individualisten-Insel. Dort nimmt auch der Wilde aus Verzweiflung, was ihm in dieser verheißungsvollen neuen Welt widerfuhr, ein schreckliches Ende.²

In Huxleys Staat gibt es also kein Recht, für sich zu sein, sich selbst zu gehören und in Ruhe gelassen zu werden;³ kein Recht, aus eigener Selbstbestimmung zu planen und zu entscheiden, und folglich auch keine Möglichkeit, sich entsprechend einer solchen Entscheidung tatsächlich zu verhalten. Im krassen Gegensatz zum Menschenbild des Grundgesetzes, das sich an der menschlichen Würde als höchstem Wert orientiert und einen autonomen Bereich privater Lebensgestaltung garantiert, in dem jeder seine persönliche Note entwickeln und wahren kann,⁴ ist bei Huxley jegliche Individualität ausgemerzt. In seinem visionären Staat hat deshalb auch niemand die Chance, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung der eigenen Daten zu entscheiden und damit weitgehend selbst zu bestimmen, was seine soziale Umwelt von dem, was seine Persönlichkeit ausmacht, weiß - von seinem Denken, Meinen,

Fühlen, Wünschen, Träumen, Tun, Unterlassen, Hassen, Erfahren und Erinnern. Trotz dieser völligen Negation eines Grundrechts auf Datenschutz im Staate des großen Ford stellt sich gleichwohl die Frage: unsere Informationsgesellschaft - eine schöne neue Welt?

"Sechshundneunzig völlig identische Geschwister bedienen sechshundneunzig völlig identische Maschinen! Da weiß man doch zum ersten Mal in der Weltgeschichte, woran man ist," Hier gibt es nicht mehr bloß gelegentlich "lumpige Zwillinge oder Drillinge wie in alter Zeit", sondern stets je nach Bedarf selbst "die Belegschaft für einen ganzen Fabrikbetrieb aus einem einzigen präparierten Ei". So preist der Direktor der Brut- und Normungszentrale mit vor Begeisterung bebender Stimme die Vorzüge des Weltstaates, und sein Mitarbeiter attestiert: "Unvorhergesehener Mehrverbrauch ist sofort gedeckt; ja sofort - Sie ahnen ja gar nicht, wie viele Überstunden ich nach dem letzten Erdbeben machen mußte." Mit solchen Menschen nach Maß stets zur rechten Zeit, mit solchem Bedienungspersonal können die Maschinen laufen und laufen - ewig und ohne Stillstand,⁵ wie es dieser Staatsapparat zur Erhaltung seiner Macht unbedingt braucht. Seine atemberaubende Allianz von Gentechnik und High Tech ist zwar gewiß nicht unsere Realität, aber inzwischen längst mehr als bloße Utopie. Sie ist in vielerlei Hinsicht reale Gefahr.

I.

Ein Leben ohne Technik ist für uns nicht minder undenkbar als für Huxleys Utopisten. Allein die moderne Elektronik, von der hier und jetzt nur zu reden ist, brachte in einem unvorstellbaren Ausmaß mehr Lebensqualität per Knopfdruck hervor. Weil wir überaus gelehrige Schüler des Huxleyschen Weltstaates sind, drücken wir, ohne nachzudenken,⁶ die Knöpfe unserer Taschenrechner, Schreibmaschinen, Diktiergeräte, programmierten Küchenherde und Waschmaschinen, Kabelfernseher, Videotext- und Btx-Geräte, CD-Schallplattenspieler und Autos mit elektronischer Steuerung und Bremse. Die Videokameras an Straßen, Kaufhäusern, Banken und Behörden fallen uns schon lange nicht mehr auf; selbst Demonstranten haben sich an das Filmen der Polizei aus den Begleitfahrzeugen des Demonstrationszugs gewöhnt. Computergesteuerte Röntgengeräte und Herz-Lungen-Maschinen sind seit Jahren selbstverständliche Apparaturen in unseren Krankenhäusern. Immer mehr preiswerte Heimcomputer stehen in den Wohnungen, womit die Kinder Fußball oder Krieg spielen, die Mutter in Heimarbeit die Buchhaltung ihres Betriebs erledigen und der Vater liegendebliebene Geschäftspost beantworten kann; selbst eine Partie Schach kann er gegen diesen mit allen Wassern gewaschenen elektronischen Spieler wagen. Polizeibeamte fragen in Sekundenschnelle mit Hand- oder Autofunkgeräten die Eigentümer vorbeifahrender Autos beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg ab und dazu alles, was manche Polizeicomputer über diese Autofahrer registrieren.

Inzwischen ist die Elektronik so perfekt, daß es oft nicht einmal mehr unseres Knopfdrucks bedarf: Man denke an die Fertigungshallen großer Autokonzerne, in denen Roboterstraßen ohne Steuerung durch Menschenhand Motoren zusammensetzen und Karosserien schweißen, oder an den Autopiloten, der während des Höhenflugs über dem Atlantik das Flugzeug steuert, solange der Kapitän Pause macht. Mehr noch: Eine Bundeswehr-Fachhochschule entwickelt gerade zur Entlastung der Fernfahrer den

elektronischen Beifahrer, der bei gefährlichen Situationen den Fahrer warnt und bei eintöniger Autobahnfahrt ablöst. Auch wird es schon bald das "sehende Auto" geben, das mit seinen elektronischen Kameras und Bordcomputern ohne jedes menschliche Zutun je nach Straßenverhältnissen und Verkehr schnell oder langsam fährt, ausweicht, überholt oder die Spur wechselt.

Alles in allem: Seit die EDV Ende der sechziger Jahre ihren Siegeszug antrat, wurden die Computer immer schneller, billiger, leistungsfähiger, vielfältiger einsetzbar und leichter handhabbar. Gerade in den letzten Jahren überschlug sich die Entwicklung wieder einmal förmlich. Seit es möglich ist, Direktverbindungen vom Bildschirm am Arbeitsplatz zum oft weit entfernten Rechenzentrum zu schalten, erübrigt sich der zeitraubende Transport der Magnetbänder per Kurier zwischen beiden. Die neuen Arbeitsplatzrechner, die den reinen Befehlsempfänger "Terminal" ablösen, können ohne Mithilfe des Rechenzentrums Texte erfassen, bearbeiten und kopieren, ja sogar komplizierte mathematische Gleichungen lösen und Bilder umsetzen. Seitdem ist es ein leichtes, sich am Arbeitsplatz aus den Dateien des Rechenzentrums eigene Datensammlungen anzulegen und damit nach Belieben zu schalten und zu walten, ohne daß das Rechenzentrum etwas davon bemerkt - geschweige denn, das Geschehen beeinflussen kann. Außerdem schossen in den letzten Jahren die modernen Kleinrechner wie Pilze aus dem Boden und halfen vielen EDV-Benutzern, sich vom Rechenzentrum völlig zu emanzipieren. Einen noch größeren Entwicklungssprung machte die Software mit den neuen, problemorientierten Programmsprachen und darauf abgestimmten Datenbanksystemen. Seit deren Einsatz haben Laien keinerlei Schwierigkeiten mehr, in Informationssystemen zu recherchieren und die gespeicherten Informationen beliebig zu kombinieren und zu verknüpfen; der bis dahin dazu unentbehrliche Spezialist, der Mohr, hat seine Schuldigkeit getan. Außerdem wachsen die vielen Einzelnetze mehr und mehr zusammen, so daß es inzwischen so gut wie keine tech-

nische Barriere mehr gegen unbegrenzten Datenfluß gibt.

Die elektronische Informationsverarbeitung steht damit aber noch längst nicht am Ende ihrer Möglichkeiten. Die Computer der nächsten, fünften Generation werden noch schneller rechnen und noch mehr Informationen verarbeiten, weil hier dreierlei zusammentrifft: Die Chips bestehen dann nicht mehr aus Silizium, sondern aus Galliumarsenid, Hochtemperatur-Supraleitern oder anderen Stoffen, welche die Bits noch schneller durchschleusen. Ein so gebauter CRAY 3 kann in einer einzigen Sekunde 20 Milliarden Mal addieren oder multiplizieren und ist damit um ein Vielfaches fixer als der heutige, vielgerühmte CRAY 2. Zum anderen sind dann Parallelrechnerarchitekturen gang und gäbe, so daß der Computer komplexe Aufgaben nicht mehr Schritt für Schritt hintereinander lösen muß, sondern in einzelne Abschnitte zerlegen und gleichzeitig bearbeiten kann. Schließlich wird Licht statt Strom die Antriebskraft sein, wodurch die Speicherkapazität der Platten im Computer nochmals um etwa das Tausendfache steigt und die Datenübertragung zwischen einzelnen Computern noch viel schneller abläuft: So kann die Bundespost in ihrem künftigen lichtbetriebenen Glasfasernetz Bigfon bis zu sieben Millionen Buchstaben pro Sekunde, dagegen in ihren konventionellen, mit Strom betriebenen Standleitungen allein 1200 Buchstaben pro Sekunde transportieren. Hand in Hand mit diesen Innovationen der Hardware und Übertragungstechnik gehen drastische Leistungssteigerungen der Software: Statt des mühsamen Umsetzens in Programmsprachen können wir künftig dem Computer unsere Probleme in unserer Sprache darlegen und im Zwiegespräch mit ihm seine Aufgaben formulieren; er entwickelt dann selbst die nötige Software.

Fazit all dessen ist: In naher Zukunft wird die Bundesrepublik ein alle Informationsdienste integrierendes Datennetz überziehen, über das jeder mit jedem über alles mühelos kommunizieren kann.

II.

Weil die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit geraumer Zeit fest entschlossen sind, diese Innovationen nach Kräften zu fördern und zu nutzen, sind inzwischen immer mehr Erwerbstätige mit dem Beschaffen, Registrieren und Auswerten von Informationen beschäftigt. Die Informationsgesellschaft zieht auf. Längst hat das weltweit verfügbare Wissen gewaltige Ausmaße angenommen: Täglich erscheinen etwa 10000 wissenschaftliche Veröffentlichungen, 80000 Tageszeitungen, 100000 Zeitschriften; die Nachrichtenagenturen produzieren zusätzlich Worte en masse.⁷ Niemand ist mehr in der Lage, ohne technische Hilfe einen zuverlässigen Überblick über ein noch so kleines Fachgebiet zu haben.

Andererseits ist mehr denn je in der Vorhand, wer schnell, zuverlässig und umfassend über Sachverhalte und Personen informiert ist und damit die besseren Entscheidungsgrundlagen hat. Informations-, Auskunfts- und Recherchiensysteme sind daher der große Renner. Inzwischen soll es weltweit 3200 jedermann zugängliche, vielfach untereinander verknüpfte Datenbanken geben: Nahezu alle davon sind aus der Bundesrepublik online erreichbar.⁸ Bekannt sind hier vor allem die Datenbanken von JURIS für Rechtsanwälte, Richter und Verwaltungsbeamte, von DATEV für Steuerberater, GENIOS für die Wirtschaft und DIMDI für Ärzte und Kliniken. Erst recht legen sich die einzelnen Institutionen ihre eigenen, der Außenwelt verschlossenen Auskunftssysteme an: Man denke nur an das gespeicherte Wissen über Produkte, Geschäftsbeziehungen, Kunden und Mitarbeiter bei Konzernen, Firmen, Versicherungen und Banken. Nicht anders macht es der Staat: Längst sind die Informationstechniken seine unentbehrlichen Helfer, Informationen über Vorgänge jeglicher Art, Bürger und Mitarbeiter zu registrieren und abzufragen. Jeder von uns ist darin längst vielfach erfaßt. Die Namen dieser Informationssysteme suggerieren nur zu oft eine schöne neue Welt: da gibt es BABSY, USCHI und SISSI; HEIDI und OLAF;

PAISY und DAISY; STAR, FALK und FINK; dazu HESSIAS und MUETHOS, PALLAS und IDEAL, PIOS und APIS, PENTA und NADIS. Trotz dieses Wohlklangs geht es dabei keineswegs bloß um harmlose Dinge wie das Bestellen von Theaterkarten, sondern auch zum Beispiel um die "Datei über Staatsfeinde und Terroristen", in der das Landeskriminalamt Baden-Württemberg immer noch Personen speichert, die allein zum Abschneiden der Kennnummer von Volkszählungsbogen aufgerufen haben,¹⁰ oder um seine "Personenankunftsdatei" mit 900000 registrierten Personen und 2,5 Millionen tatsächlich oder mutmaßlich begangenen Straftaten, auf die alle 23000 Polizeibeamte des Landes rund um die Uhr im Sekundenbetrieb zugreifen können und die sie monatlich zirka 370000 Mal abfragen. Weitere 100000 Abfragen tätigen sie im Flensburger Fahrzeugregister. Abrufe zuhauf erfolgen auch im bundesweiten Fahndungsbestand INPOL, worin gegenwärtig 200000 Personen ausgeschrieben sind. Zudem unterhält die Polizei in Baden-Württemberg mehr als 40 Spurendokumentationssysteme über Unfallflucht, Wohnungseinbrüche, Hausbesetzungen und ähnliches, worin sie undifferenziert Verdächtige, Hinweisgeber, Anzeigeerstanter und Geschädigte speichert. Außerdem gleicht das Landeskriminalamt die Daten jedes der 700000 umgezogenen Bürger im Lande zwölf Monate lang mit dem Fahndungsbestand INPOL ab.¹¹

Alles in allem: Der Staat verfügt inzwischen über eine kommunikationstechnische Infrastruktur und über Informationssysteme, die gerade dazu einladen, die Enge und Isoliertheit der einzelnen Verwaltungszweige aufzulösen, Grenzen zu überwinden, immer mehr Informationen über Bürger zu sammeln, zu speichern, zu verknüpfen und ihnen durch Herauslösen aus ihrem Kontext einen anderen Sinn und Aussagewert beizumessen. Mehr denn je sind diese darauf angelegt, noch vorhandene Freiräume einzuschränken und das Verhalten der Bürger stärker zu kontrollieren. Gerade aber diese Intentionen laufen dem Grundrecht auf Datenschutz zuwider: Es verbietet jedermann, auch im elektronischen Zeitalter grund-

sätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu entscheiden und Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht nur hinnehmen zu müssen, wenn der Gesetzgeber sie im überwiegenden Allgemeininteresse ausdrücklich zugelassen hat. Nur so kann auch unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung jeder abschätzen, wer wann bei welcher Gelegenheit was über ihn weiß, und danach sein Verhalten einrichten. Klare Vorgaben, was der Gesetzgeber hierfür zu tun und zu lassen hat, machte das Bundesverfassungsurteil in seinem Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983.¹²

III.

Trotzdem brachte diese richtungsweisende Entscheidung keine Befriedung. Bald nachdem sich die Wogen wegen des gescheiterten Zensus gelegt hatten, setzten die Auseinandersetzungen um den Datenschutz erneut ein. Seitdem ist im Streit, welche Konsequenzen aus der Begründung dieses Urteils, der eigentlichen Sensation, zu ziehen sind. Sie hat die Verwaltung ins Mark getroffen: Während die Behörden bis dahin nach dem Motto verfahren waren, "alles ist erlaubt, was nicht verboten ist", forderte das höchste Gericht nun von ihnen ein Handeln nach der gegenteiligen Maxime des "Alles ist verboten, was nicht erlaubt ist" ein.

Rasch war der Verwaltung klar: Eine strikte Befolgung dieses Gebots müßte zum Abbau staatlicher Informationsverarbeitung führen. Weil sich vornehmlich die Ministerien damit nicht abfinden wollten, verständigten sie sich auf eine Strategie der Schadensbegrenzung¹³ und verlegten sich darauf, anfangs nur leise, dann aber immer deutlicher die angeblichen Folgen des Volkszählungsurteils in schlimmsten Farben an die Wand zu malen. Von völligem Stillstand der Verwaltung, unüberschaubarem Paragrafenwald und Überbürokratisierung war die Rede. Um Zeit zu gewinnen, holten sie Gutachten zuhauf ein, erteilten weiß wem Prüfungsaufträge, bildeten Bund/Länder-Gremien, koordi-

nierten, konferierten und diskutierten.

Die Rechnung ging auf. Der Elan für den Datenschutz ließ nach; Gegenströmungen wurden allerorts aufgebaut. Der Widerstand gegen den Datenschutz ist seitdem in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wieder erheblich gewachsen und inzwischen, so scheint zumindest mir, mancherorts stärker als vor dem Volkszählungsurteil. Fröhliche Urständ feiern erneut Schlagworte aus vergangener Zeit wie "Datenschutz gleich Datenschutz", "Innere Sicherheit geht vor Datenschutz", und das alte Lied vom überzogenen Datenschutz ertönt laufend in vielerlei Variationen.

Heute, viereinhalb Jahre nach dem Karlsruher Richterspruch, sieht die Bilanz für den Datenschutz düster aus. Zwar fehlt es nicht an vollmundigen Lippenbekenntnissen; doch die Taten lassen auf sich warten. Die großen Reformvorhaben, welche über die Zukunft des Datenschutzes entscheiden, stehen noch aus - nicht zuletzt, weil der Bundesminister des Innern seine Führungsrolle für den Datenschutz nicht genügend wahrnahm und hierbei die nachhaltige Unterstützung mancher Länderkollegen fand. Im Gegensatz zu Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen, die nach anfänglicher Kooperation das große Warten auf Bonn nicht mehr mitmachen wollten und inzwischen eigene richtungsweisende Datenschutzgesetze erlassen haben¹⁴, halten es die anderen Länder nach wie vor mit der "Leitbildfunktion" des Bundes. Was mit der her ist, zeigte das 1986 vom Bundesminister des Innern geschnürte Paket der "Datenschutz- und Sicherheitsgesetze"¹⁵. Man kann nur froh sein, daß es weitgehend scheiterte - ging es doch dabei primär darum, den Status quo festzuschreiben, ja die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zu erweitern. So kam es, daß wir nur einige neue bereichsspezifische Vorschriften haben: Verordnet wurde uns unter anderem wegen des angeblichen Sicherheitsgewinns der maschinenlesbare Personalausweis und Reisepaß; es ergingen im Prinzip begrüßenswerte Archivgesetze, einige unproblematische Statistikgesetze und last but not least das nicht gerade befriedigende ZEVI-Gesetz.

Ganz gleich, wie man zum Inhalt dieser Datenschutzvorschriften im einzelnen steht: Sie zeigen, welches geringe Kurswert Rechtsdogmatik und -systematik im Datenschutzrecht haben. Unübersichtlichkeit ist die Folge. Es droht die Gefahr, daß sich im Datenschutzrecht nur noch wenige Spezialisten auskennen, der Bürger aber in dem Vorschriften-gestrüpp nicht mehr zu erkennen vermag, was den Datenschutz von Verfassungen wegen eigentlich ausmacht. Wer dies kritisiert, bekommt freilich rasch zu hören, daß alles geschehe im Einklang mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil.¹⁶ Bei solcher Einstellung können wahrlich "die Räder ewig Laufen".¹⁷

IV.

Was tut Not in dieser kritischen Situation? Um es vorweg zu sagen: Ein Patentrezept gibt es nicht. Radikale Lösungen stehen wegen der unbestreitbaren Vorteile, welche die Informations- und Kommunikationstechniken infolge der Vieltätigkeit und Vielfalt ihrer Anwendungsmöglichkeiten haben, nicht ernsthaft zur Diskussion. Ausstieg oder zumindest Teilverzicht sind so, wie die Dinge gegenwärtig liegen, keine Alternative. Was wir aber auf jeden Fall fordern müssen, ist eine andere Einstellung zu den Gefahren für die Freiheit der Bürger, welche mit der neuen Informationstechnik einhergehen. Um diese Bewußtseinsänderung zu bewirken, brauchen wir:

- **Mehr und bessere Informationen über die Risiken der Informations- und Kommunikationstechniken.** Wer mit Informatik-Professoren, Vertretern von Hard- und Softwarehäusern, Nachrichtentechnikern und Netzspezialisten zu tun hat, sich auf der CEBIT umschaute oder mit Anwendern einzelner Informations- und Kommunikationstechniken verhandelt, macht immer wieder dieselbe Erfahrung: Alle preisen die Vorzüge ihrer Technik wärmstens an; über die konkreten Risiken schweigen sie meist; selbst auf Befragen ist ihnen dazu nicht viel zu entlocken; das Problembewußtsein fehlt weitgehend. Bei Großprojekten, zum Bei-

spiel der Umsetzung des Landes-systemkonzepts in Baden-Württemberg, reden sich amtliche Stellen nur zu gerne damit heraus man schaffe ja lediglich die Infrastruktur; der Betrieb erfolge dann selbstverständlich im Rahmen des Datenschutzes - ganz so, als ob der Datenschutz nur ein Schmuckstück wäre, das man noch als letzten Pfiff (!) ans Kleid steckt. Ein verantwortlicher Umgang mit der Informationstechnik verlangt von Erfindern, Herstellern und Anwendern, die Technologiefolgen von Anfang an zu bedenken und darzulegen, wo jeweils die Risiken oder Defizite für den Datenschutz liegen. Damit solche Aussagen nachvollziehbar und verständlich sind, muß die Informatik vor allem auch ihre Sprachbarrieren abbauen. An ihnen scheitern bislang nur zu oft nicht bloß blutige Laien, sondern auch Vertreter anderer Fachrichtungen, die das interdisziplinäre Gespräch suchen. Da liest man zum Beispiel in einer Fachzeitschrift für Anwender aus der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft Sätze wie: "Sun verbindet MS-DOS und Unix", "Unix bekommt graphische Benutzeroberfläche", "Motorola schneidet Risc-Kuchen an" oder "BIG BLUE rüttelt an Apples Desktop-Thron".¹⁸ Da ist von biologischen Endgeräten,¹⁹ Back-up-Kopie und dergleichen mehr die Rede - ganz so, als ob man das alles nicht auch verständlicher sagen könnte. Was haben sich wohl die Minister von Baden-Württemberg vorgestellt, als sie am 16. Dezember 1985 einer Vorlage der Stabsstelle für Kommunikation und Information des Staatsministeriums über das künftige Landesverwaltungsnetz zustimmten, in der es von Sätzen wimmelte wie: "Eine Implementierung der Protokolle nach OSI-Normung ist in der Übergangszeit auch dann bereits vorzusehen, wenn noch nicht alle sieben Schichten vollständig definiert sind?"

- **Eine Gesamtkonzeption der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Informationstechniken.** Ich weiß wohl, daß eine solche rechtssystematische Konzeption einen gewaltigen Kraftakt erfordert - zum einen, weil das Grundrecht auf Datenschutz noch keine klaren Konturen und keine feste Tradition hat, und zum ande-

ren, weil es in nahezu alle Verwaltungszweige hineinwirkt mit der Folge, daß eine solche Konzeption praktisch keinen Bereich staatlichen Handelns außer acht lassen kann. Wer die daraus resultierenden Anstrengungen scheut und meint, es genüge, die Bedingungen der Datenverarbeitung von Fall zu Fall isoliert für jeden einzelnen Verwaltungszweig festzulegen, der unterschätzt den Hang der Spezialisten aller Fachgebiete, ihre bisherige Praxis festzuschreiben und sich noch weitere, das Grundrecht auf Datenschutz immer mehr aushöhlende Möglichkeiten offenzuhalten. Meint man es mit dem Volkszählungsurteil ernst, kann man deshalb solchen Entwicklungen nicht ihren Lauf lassen.

• **Eine effektive Datenschutzkontrolle.** Dies will die Exekutive schon gleich gar nicht, wie der neue Referentenentwurf zur Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes aus dem Bundesinnenministerium belegt.²⁰ Offiziell heißt es zwar darin, die Kompetenzen der Datenschutzkontrolle würden erweitert; in Wirklichkeit aber werden sie massiv beschnitten. Geht es nach diesem Plan, darf sich die Kontrollinstanz in Zukunft nicht einmal mehr mit den vielen Antragsformularen und Fragebogen befassen, deretwegen sich seit jeher Bürger besorgt an sie wenden. Ebenso wenig soll sie sich noch durch systematische Kontrollen davon überzeugen dürfen, ob zum Beispiel Finanzämter das Steuergeheimnis, Dienstherren das Personalaktengeheimnis sowie Mediziner und Krankenhäuser die ärztliche Schweigepflicht beachten. Selbst der Umgang mit Videoaufnahmen, Bildübertragungen und anderen modernen Techniken, deren Aufkommen einst für die Parlamente Anlaß war, die Institution der unabhängigen Datenschutzbeauftragten zu schaffen, soll ihrer Prüfung entzogen sein.²¹ Zu alledem kann ich nur sagen: Wer es mit dem Datenschutz ernst meint, muß die Kontrollbefugnisse so gestalten, daß sich die Kontrollinstanz mit allem befassen kann, was das Grundrecht auf Datenschutz ausmacht.

• **Sachliche Diskussion statt irritierenden Schlagabtauschs.** Wer die öffentliche Diskussion der letzten Jahre um den Datenschutz Revue

passieren läßt, kann nicht umhin festzustellen: Das Für und Wider der anstehenden Entscheidungen wurde selten deutlich, weil die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zunehmend dazu übergingen, mit Schlagworten zu operieren statt sachlich zu informieren. Die Bevölkerung konnte sich deshalb kein genaues Bild über die abzuwägenden Aspekte machen - ganz gleich, ob es um maschinenlesbaren Personalausweis, Schleppnetzfahndung, Strukturreform der Krankenkassen oder Sicherheitsgesetze ging. Wer zum Beispiel mehr Informationen für die Polizei mit der Parole zu rechtfertigen versucht, der Datenschutz dürfe nicht zum Tatenschutz werden, verkürzt die Problematik in unzulässiger Weise: Noch nie ging es den Befürwortern des Datenschutzes darum, Straftäter der verdienten Strafe zu entziehen, vielmehr darum, deutlich zu machen: Mehr Informationen für die Polizei bedeuten keineswegs automatisch mehr Sicherheit für die Bürger, sondern können durchaus zu deren Nachteil gereichen. Der mündige Staatsbürger kann präzise Informationen über die zu treffende Entscheidung im Datenschutz erwarten - um so mehr, weil beim Datenschutz meist komplizierte rechtliche und technische Fragestellungen zusammentreffen.

Nur wenn es gelingt, wenigstens diese bescheidenen Forderungen in die Tat umzusetzen, sehe ich eine Chance, die Risiken der Informationstechnik besser in den Griff zu bekommen. Je stärker wir uns alle für diesen Wandel im Denken, Reden und Handeln engagieren, um so eher wird die Politik darauf eingehen. Deshalb kann ich nur ermuntern, an einer solchen Offensive für den Datenschutz mitzumachen.

¹ Theo Schumacher, Aldous Huxley, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1987, S. 49 und 127.

² Aldous Huxley, *Schöne neue Welt*, Fischer Taschenbuch Verlag, S. 18, 21, 24, 49, 57, 84, 124, 197, 202.

³ Vgl. BVerfGE 27,6; 35,220.

⁴ Leibholz-Rinck, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 2 Anm. 3.

⁵ Huxley, a.a.O., S. 21-24, 49.

⁶ Huxley, a.a.O., S. 59.

⁷ Franz-Reinhard Habel, Zugang zum Wissen der Welt, in: ÖVD 1988, S. 66ff.

⁸ Habel, a.a.O.

⁹ EDV-Verfahren "MUETHOS".

¹⁰ 8. Tätigkeitsbericht (TB) der Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, LT-DrS. 9/5230, S. 54ff.

¹¹ 5. TB, LT-DrS. 9/940, S. 59ff.

¹² BVerfGE 65,1ff.

¹³ 5. TB, LT-DrS. 9/940, S. 8ff.

¹⁴ Hessisches Datenschutzgesetz vom 18.11.1986 (StAnz. v. 15.12.1986, S. 2082); Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen) vom 15.3.1988 (GVBl. S. 160).

¹⁵ Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Straßenverkehrsgesetzes (BR-DrS. 65/86 vom 31.1.1986).

¹⁶ Vgl. Protokoll über die 77. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg vom 16.9.1987, S. 6360ff.

¹⁷ Huxley, a.a.O., S. 49.

¹⁸ Computerwoche, Nr. 17 vom 22.4.1988.

¹⁹ Vgl. FAZ vom 8.2.1986, S. 11.

²⁰ Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) - Stand: 1.5.1988.

²¹ Vgl. Entschließung der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder vom 6.6.1988.

(Ruth Leuze ist Landesbeauftragte für den Datenschutz in Baden-Württemberg. Der Artikel wurde als Vortrag auf der 11. Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative gehalten. Der Tagungsband "Griff nach dem Menschen" ist 1988 beim RADIUS-Verlag in Stuttgart erschienen.)

... ungehinderte Telekommunikation ...

Aus Pressemitteilungen der Humanistischen Union (HU)
und des Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie (IKÖ)
zum Poststrukturgesetz

In einer Pressemitteilung vom 10. April 1989 wandte sich die Humanistische Union (HU) öffentlich gegen die eher zufällig bekannt gewordenen Ergänzungen der Regierungsparteien zum Entwurf eines Poststrukturgesetzes, mit denen die §§100a und 100b der Strafprozeßordnung sowie das G 10-Gesetz (die sogenannten Abhör-gesetze) so geändert werden sollen, daß die Geheimdienste und die Polizei nun alle ISDN- und Kommunikationsdienste privater Anbieter abhören darf. Buchstäblich in letzter Minute des Gesetzgebungsverfahrens waren durch Änderungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP weitreichende Bestimmungen zur Überwachung der zukünftig auch privat betriebenen Telekommunikationsdienste aufgenommen und durch dieses Verfahren des Nachschiebens einer ausreichenden parlamentarischen Debatte entzogen worden (*ein Auszug aus dem Poststrukturgesetz ist auf der nächsten Seite abgedruckt*).

In dieser Pressemitteilung zitiert die Humanistische Union aus ihrer Stellungnahme an die Bundestagsausschüsse für das Post- und Fernmeldewesen und für das Innere, wo es heißt:

"Die dem Entwurf beigegebene Begründung vermittelt den falschen Eindruck, es sollen durch die Zulassung von privaten Kommunikationsdiensteanbietern entstandene Lücken geschlossen und verhindert werden, daß 'Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus diese Nischen' nutzen.

Tatsächlich aber werden bisher nicht gegebene neue Befugnisse zur Überwachung geschaffen:

- Polizei und Geheimdienste sollen über Telefon und Telex hinaus auch die neuen Telekommunikationsdienste abhören und überwachen dürfen.
- Die Überwachungs- und Abhörbefugnisse der Polizei und der Geheimdienste werden auf Kommunikationsdienste privater Anbieter ausgeweitet.
- Polizei und Geheimdienste können den von den Netzbetreibern aufgezeichneten Kommunikationsverkehr rückwirkend auswerten.
- Die neuen Befugnisse werden uneingeschränkt auch dem BND - einem reinen Auslandsnachrichtendienst - zugestanden.

Durch die Einführung von ISDN sind die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die meisten bisher im Wege traditioneller Techniken arbeitenden Postdienste (Telefon, Telex, Datenübertragung usw.) nun in einem einzigen Netz, das sich auf elektronische Wählsysteme (Computer) abstützt, übermittelt werden.

Hinzu kommen ganze Bündel neuer Dienstleistungsangebote wie Mobilfunk, TEMEX (Fernmessen des Energieverbrauchs vom E-Werk aus), Bildschirmtextangebote wie computerisierter Briefverkehr (Mailbox), Computer-Einkauf, Computer-Pressedienst, Verkehr mit Banken, Versicherungen, Warenhäusern.

Mit ISDN verknüpft ist, daß die Daten der Dienstnutzung und der Benutzer ohne besonderes Zutun automatisch für die Abrechnung der Gebühren registriert und für längere Zeit gespeichert werden. Das erlaubt nun - und wird in den Ände-

rungsanträgen nicht ausgeschlossen - die systematische Überwachung der Benutzer solcher Dienste, weil zentral und automatisch registriert wird, wer wann mit wem kommuniziert bzw. wer wie oft welche Dienste von wem, zum Teil mit welchem Inhalt, in Anspruch genommen hat.

Ein Großteil der aus den neuen Technologien erwachsenden Gefahren für die informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen wäre zu bewältigen, wenn die Gebühren bei Anfall sofort aufsummiert würden und jede Einzelaufzeichnung technisch ausgeschlossen wäre. Der Datenschatten wäre um ein Vielfaches schlanker.

Bisher durften Polizei und Verfassungsschutz 'nur' Telefone abhören und den Briefverkehr überwachen, nun dürfen sie die ganze Palette der Kommunikationsdienste überwachen. War den Geheimdiensten etwa der Bankverkehr verschlossen, wenn die Banken die Überwachung nicht freiwillig zuließen, so dürfen sie nun auch gegen den Willen der Banken (angedroht wird ein Bußgeld bis DM 30.000,-) deren Datentransfer überwachen und speichern.

Weil den Geheimdiensten jegliche polizeiliche Eingriffsbefugnis versagt ist, konnten sie sich diese Informationen nur über die freilich verbotene Einschaltung der Polizei und deren Beschlagnahmefugnisse beschaffen. Wo die gleichen Informationen nicht erst beschlagnahmt werden müssen, sondern im Wege der vorgesehenen Abhör- und Überwachungsbefugnisse zugänglich werden, ist die Kontrollkompetenz der Geheimdienste allein an das Medium der Technik geknüpft und

(16) Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949), geändert durch Gesetz vom 13. September 1978 (BGBl. I S. 1546), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 § 1 wird wie folgt gefaßt:

„§ 1

(1) Zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für den militärischen Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst berechtigt, dem Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis unterliegende Sendungen zu öffnen und einzusehen sowie den Fernmeldeverkehr zu überwachen und aufzuzeichnen.

(2) Die Deutsche Bundespost hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über den Postverkehr zu erteilen und Sendungen, die ihr zur Übermittlung auf dem Postweg anvertraut sind, auszuhandigen. Die Deutsche Bundespost und jeder andere Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, haben der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über den nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Fernmeldeverkehr zu erteilen. Sendungen, die ihnen zur Übermittlung auf dem Fernmeldeweg anvertraut sind, auszuhandigen sowie die Überwachung und Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs zu ermöglichen. Sie haben für die Durchführung der vorstehend genannten Anordnungen das erforderliche Personal bereitzuhalten, das gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes überprüft und zum Zugang zu Verschlüsseln des jeweiligen Geheimhaltungsgrades ermächtigt ist.“

2. Artikel 1 § 4 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe c wird wie folgt gefaßt:

„c) bei Handlungen gegen die Bundeswehr das Amt für den militärischen Abschirmdienst durch seinen Leiter oder dessen Stellvertreter.“

3. Artikel 1 § 5 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Die Anordnung ergeht schriftlich; sie ist dem Antragsteller und der Deutschen Bundespost oder dem anderen Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, mitzuteilen.“

4. Artikel 1 § 7 Abs. 2 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und der Deutschen Bundespost oder dem anderen Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, mitzuteilen.“

5. In Artikel 3 werden folgende Vorschriften eingefügt:

„§ 10

(1) Wird der Fernmeldeverkehr nach Artikel 1 dieses Gesetzes oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozeßordnung überwacht, so darf diese Tatsache von Personen, die eine für den öffentlichen Verkehr bestimmte, nicht von der Deutschen Bundespost betriebene Fernmeldeanlage betreiben,

beaufsichtigen, bedienen oder bei ihrem Betrieb tätig sind, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen Absatz 1 die Tatsache der Überwachung des Fernmeldeverkehrs einem anderen mitteilt.

§ 11

(1) Ordnungswidrig handelt, wer als Betreiber einer für den öffentlichen Verkehr bestimmten, nicht von der Deutschen Bundespost betriebenen Fernmeldeanlage entgegen

1. Artikel 1 § 1 Abs. 2 Satz 2 eine Auskunft nicht erteilt, Sendungen nicht aushändigt oder das Überwachen des Fernmeldeverkehrs nicht ermöglicht oder

2. Artikel 1 § 1 Abs. 2 Satz 3 das erforderliche überprüfte und zum Zugang zu Verschlüsseln des jeweiligen Geheimhaltungsgrades ermächtigte Personal nicht bereithält.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 30 000 Deutsche Mark geahndet werden.“

6. Artikel 3 §§ 10 bis 13 (alt) werden §§ 12 bis 15 (neu).

7. Artikel 3 § 13 (neu) wird wie folgt gefaßt:

„§ 13

Die nach diesem Gesetz berechtigten Stellen haben die Leistungen der Deutschen Bundespost oder anderer Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, abzugeben.“

(17) Die Strafprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Mai 1988 (BGBl. I S. 606), wird wie folgt geändert:

1. In § 100a Satz 1 werden die Worte „Aufnahme des Fernmeldeverkehrs auf Tonträger“ durch die Worte „Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs“ ersetzt.

2. § 100b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „Aufnahme des Fernmeldeverkehrs auf Tonträger“ durch die Worte „Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Auf Grund der Anordnung haben die Deutsche Bundespost und jeder andere Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, dem Richter, der Staatsanwaltschaft und ihren im Polizeidienst tätigen Hilfsbeamten (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) die Überwachung und Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs zu ermöglichen. § 95 Abs. 2 gilt entsprechend.“

c) Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt geändert:

„Die Beendigung ist dem Richter und der Deutschen Bundespost oder dem anderen Betreiber von Fernmeldeanlagen, die für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, mitzuteilen.“

(aus der Bundesratsdrucksache 223/89)

damit prinzipiell unbeschränkt. Zugleich ist auch die Überwachungsfähigkeit unendlich größer geworden. Wo früher traditionelle Übermittlungsformen den massenhaften und systematischen Zugriff verhinderten, tritt nun die automatische Computerüberwachung nach jeweils flexiblen Rastern.

Als wäre es eine Nebensächlichkeit, soll auch der Auslandsnachrichtendienst BND die neuen Überwachungs- und Kontrollbefugnisse, die vor allem die Inlandskommunikation betreffen, uneingeschränkt, also wie die Inlandsgeheimdienste, erhalten.

Und wieder soll die internationale und organisierte Kriminalität diese fundamentale Beschneidung der informationellen Selbstbestimmung rechtfertigen. Artikel 10 GG wäre nur noch Makulatur.

Die Humanistische Union fordert daher den Bundestag auf, den vorgeschlagenen Änderungen nicht zu folgen und schon gar nicht als Nebenprodukt eines Poststrukturgesetzes. Zuviel steht auf dem Spiel."

Nachdem nun die Regierungsfaktionen im Bundestag diesen Veränderungen gegen die Stimmen der Opposition zugestimmt haben, und der Bundesrat im laufenden Verfahren die letzte Instanz war, die eine solche Grundrechtseinschränkung noch hätte verhindern können, hat sich das im März 1989 gegründete **Institut für Informations- und Kommunikationsökologie (IKÖ)** in einem offenen Brief an die Vertreter und Vertreterinnen der Bundesländer im Bundesrat gewandt und sie aufgefordert, am 12. Mai 1989 dem Gesetz in der vorliegenden Fassung nicht zuzustimmen:

(...)

"Die Bundesregierung überantwortet mit dem Poststrukturgesetz den Datenschutz in einem derartig sensiblen Bereich wie dem Post- und Fernmeldegeheimnis und der Telekommunikation der privaten Vertragsgestaltung (Art. 3 Nr. 7, §9 EPoststrukt.G, Bundesrat Drs. 223/89) zwischen Anbieter und Teilnehmer. Der Datenschutz wird

in die Dispositionsmacht von Telekommunikationsdiensteanbietern gestellt. Der Kunde wird keine Chancen haben, diese Vertragsklauseln zu beeinflussen. Ein ausreichender bereichsspezifischer Datenschutz fehlt in dem Poststrukturgesetz. Es enthält nicht einmal einen hinreichend präzisen Auftrag des Gesetzgebers zu einem bereichsspezifischen Datenschutz wie er z.Z. in der Telekommunikationsordnung normiert ist. Ausdrücklich wird darauf verzichtet, "um dem Ziel des Gesetzesvorhabens Rechnung zu tragen, eine ungehinderte, nicht von einer vorhergehenden gesetzlichen Datenschutzregelung abhängige Weiterentwicklung der Telekommunikation zu ermöglichen", wie es in der Begründung zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP zu §14a FAG heißt. Der Gesetzgeber hat seinen verfassungsrechtlichen Auftrag zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, wie er ihm vom Bundesverfassungsgericht in der Volkszählungsentcheidung auferlegt wurde, nicht erfüllt.

Demgegenüber werden die Abhörbefugnisse der Polizei, Staatsanwaltschaften und Geheimdienste großzügig erweitert zu einer Überwachungsbefugnis sämtlicher Telekommunikationsdienste mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Techniken (Art. 4 (16) §1 Gesetz zur Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses, Bundesrat Drs. 223/89). Mit dem Aufbau des ISDN-Netzes werden der Überwachung durch Polizei und Geheimdienste ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Staatsanwaltschaften brauchen Banken nicht mehr um Auskunft zu ersuchen, die die Banken verweigern können. Geheimdienste, denen bisher die Überwachung des Bankverkehrs ohne Mitwirkung der Banken verschlossen gewesen ist, brauchen jetzt nur eine Anordnung zur Überwachung des Telekommunikationsverkehrs. Sie dürfen dann den elektronischen Datenverkehr der Banken und Kunden genauso überwachen und speichern wie das elektronische Bestellen von Kaufhauskunden. Der von den Telekommunikationsdiensteanbietern und der Post im "ISDN" aufgezeichnete Telekommunikationsverkehr kann von Staatsanwaltschaften und

Geheimdiensten auch nachträglich ausgewertet werden (§12 FAG). Private Telekommunikationsdiensteanbieter haben für den Verfassungsschutz von ihm überprüfte Mitarbeiter abzustellen, die diese Überwachungen und Auswertungen vornehmen (Art. 4 (16), §1 Abs. 2 Gesetz zur Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses, Bundesrat Drs. 223/89) und sind bei Strafe verpflichtet ihre Daten der Polizei, Staatsanwaltschaft und den Geheimdiensten zur Verfügung zu stellen (Art. 4 (16), Art. 3, § 11 des Gesetzes zur Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses, Bundesrat Drs. 223/89).

Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf nicht zu!"

Das Gesetz wurde am 12. Mai 1989 verabschiedet.

Das IKÖ hat angekündigt, zusammen mit Bürgerrechtsvereinigungen und Politikern und Politikerinnen einzelner Bundesländer verfassungsrechtliche Möglichkeiten zu prüfen.



Ein Computer ist nur so gut, wie der Geist, der in ihm bockt.

(Oliver Behnssen)

1992 - FIFF europaweit

von Dagmar Boedicker

Vor einem halben Jahr hatte ich Euch schon einmal auf diesem Weg auf *das* aktuelle politische Thema, die Verwirklichung des EG-Binnenmarkts, angesprochen. In Bremen entsteht inzwischen eine weitere Gruppe, die sich dem Arbeitskreis "FIFF europaweit" anschließen wird. Wir brauchen aber noch weitere Mitarbeiter(innen), denn das Thema ist schwierig und inhaltliche Arbeit dringend notwendig.

Es kann ja wohl nicht sein, daß außer ein paar Menschlein in Bremen und München niemand im FIFF sich mit dem Thema befaßt, das inzwischen allerorten die unterschiedlichsten Stellungnahmen hervorruft.

Bestandsaufnahme

Kontroversen gibt es reichlich:

Vorteile versprechen sich vor allem die Unternehmen. Sie erwarten vom Abbau der Handelshemmnisse uneingeschränkten Zugang zu einem riesenmarkt.

Nachteile sind zu erwarten auf allen Gebieten, auf denen schützenswerte Interessen gefährdet sind und ein Zielkonflikt besteht zum Ideal des Wachstums.

(Dieses Ziel scheint in den Köpfen wichtiger Planer und Entscheider noch genau die gleiche, unanfechtbare Gültigkeit zu besitzen, wie vor bald 20 Jahren, als E.F. Schumacher begründete Zweifel und Kritik daran anmeldete, und der Club of Rome die Grenzen des Wachstums aufzeigte.) Ausdruck findet die Wachstumsideologie im

Cecchini-Report

Er verspricht Einsparungen, vor allem durch zunehmende Unternehmensgrößen und verschärften Wettbewerb, und den Wegfall von Behinderungen an den Grenzen.

Daraus soll ein Wachstum des Sozialprodukts der EG-Staaten um ca. 5 % resultieren, 1,8 Millionen neuer Arbeitsplätze und eine Dämpfung der Inflation um 6 %. Cecchini verschweigt allerdings nicht, daß auch bei Eintreten dieser optimistischen Prognosen in einer Übergangszeit "Anpassungskosten" anfallen. Der Erfolg wird abhängig gemacht von einer rigorosen Umsetzung des sogenannten Weißbuchs aus dem Jahre 1985. Das Weißbuch enthält ein Programm der EG-Kommission, das unter anderem gegenseitige Anerkennung von Normen und Regeln (z.B. zum Verbraucher- und Umweltschutz), Harmonisierung von Verbrauchs- und Mehrwertsteuer, Liberalisierung von Kapital-, Dienstleistungs- und IuK-Markt, und noch mehr verlangt.

Klingt gar nicht so schlecht?

Ich habe das Weißbuch nur mal kurz in der Hand gehabt und nach dem Datenschutz gesucht. Gefunden habe ich ihn nicht. Das sehe ich in Beziehung hierzu:

Der Wegfall der Paßkontrollen, beispielsweise am 1. Januar 1990 zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und den Benelux-Ländern, wird zu verstärkter Zusammenarbeit der Polizeikräfte untereinander führen. Bundesdatenschutz Eintrag stellt fest, daß von den beteiligten Ländern eins noch kein Datenschutzgesetz hat, zwei keine Regelungen für die Polizei.

Schutz?

Der Datenschutz ist nicht das einzige, was ich im Weißbuch der Kommission vermisste. Sozialverträglichkeit von Techniken - sollte ich das nur nicht gefunden haben?

Umweltschutz - er muß für mich ganz vorn dran stehen.

Im Umweltschutz werden strengere einzelstaatliche Maßnahmen gern als Handelshemmnisse ausgelegt. So geschehen etwa beim dänischen Pfandflaschengebot, wo es eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs bedurfte, um in diesem Einzelfall den Vorrang des Umweltschutzes vor der Handelsfreiheit zu bestimmen. Das gilt aber nur, solange es keine EG-weite Regelung gibt. Dann sind nämlich einzelstaatliche Regelungen nur noch erlaubt, wenn sie die Ausnahmen betreffen, die die Einheitliche Europäische Akte in Artikel 36 des EWG-Vertrags festlegt. Umweltschutz gehört nicht dazu.

Wie es funktioniert

Für alle, die es (wie ich) noch nicht so richtig durchschauen:

Die Kommission (17 von den Einzelstaaten ernannte Mitglieder) hat initiative (vorbereitende und vorschlagende), exekutive und kontrollierende Funktionen. Allein oder auch zusammen mit dem Minister-rat (bestehend jeweils aus den 12 zuständigen Ressortministern der 12 Mitgliedstaaten) erarbeitet sie Vorlagen zu den Entscheidungen und (unverbindlichen) Stellungnahmen, Richtlinien (umzusetzen von den Mitgliedstaaten) und Verordnungen (die unmittelbaren Gesetzescharakter haben). Wenn der Rat allein tätig wurde, braucht er nur eine qualifizierte Mehrheit für seinen Beschluß. Ging die Initiative von der Kommission aus, gilt das Einstimmigkeitsprinzip.

Bei Mitwirkung des Parlaments ist der Vorschlag von den 518 Abgeordneten des Europaparlaments zu diskutieren. Lehnt das Europaparlament den Vorschlag mit absoluter Mehrheit ab, so geht der Vorschlag zurück an den Ministerrat. Er ent-

scheidet abschliessend, kann in zweiter Lesung aber nur einstimmig beschliessen. (Das ist eine durch die Einheitliche Europäische Akte von 1986 gebrachte Verbesserung.) Stimmen nicht alle Minister für die Vorlage, so ist sie damit vom Tisch und muß den Gang erneut gehen.

Die Kommission ist "Hüterin der Verträge", sie überwacht und prüft die Einhaltung der Abkommen. Mehr oder weniger erfolgreich.

So hebelt man die Bürger(innen) aus!

Eine der unangenehmen Auswirkungen ist, daß inzwischen besonders mißliebige Technologien, bei denen man mit Protesten von Staatsbürger(inne)n und Bürgerinitiativen rechnet, wie z.B. die Gentechnologie, an den nationalen Parlamenten vorbei in europäischen Richtlinien geregelt werden könnten. Es ist wohl nicht verwegen, anzunehmen, daß Lobbyisten diesen Weg bevorzugen.

Bürgerprotest in den Mitgliedsstaaten der EG geht dadurch ins Leere: nationale Regierungen können, ja müssen sich sogar darauf berufen, daß sie diese Richtlinie durch staatliche Gesetzgebung auszufüllen haben. Nach der demokratischen Legitimation der EG-Institutionen fragt noch kaum jemand. Ich hoffe, das bleibt nicht so.

Vorläufig glaube ich, daß uns nichts anderes übrig bleibt, als wenigstens das Europaparlament durch hohe Wahlbeteiligung zu stärken. Langfristig ist aber die politische Konstruktion, die so intensiv in unser Leben eingreift, in dieser Form untragbar und muß geändert werden.

Europa hat am 18. Juni 1989 gewählt

Ich fühle mich noch immer nicht ausreichend informiert über das, was da auf uns zukommt. Meine Versuche, mich vor der Wahl zu informieren, sind auf ganz konkrete Schwierigkeiten gestoßen. Die Aufklärung darüber, "wie die EG funktioniert" und welches, in kurzgefaßter Form, ihre Ziele sind, war unkritisch bis skandalös schlecht.

Ich kann nur hoffen, daß es mir trotzdem gelungen ist, die politischen Entscheidungswege richtig darzustellen.

Das Wachstumskonzept finde ich nicht akzeptabel, auch dann nicht, wenn die sozialen Aspekte etwas besser geregelt werden.

Was mir fehlt, ist ein Gegenkonzept: Wie gehen wir mit den wirklich europäischen Dimensionen um, als da sind Umweltschutz, sozialverträgliche Technik, Schutz vor Rationalisierung, Verbesserung demokratischer Rechte, interkulturelle Kommunikation...

Hier ist noch viel inhaltliche Arbeit zu leisten, also: entschließt Euch zur Mitarbeit im AK "FIF europaweit", gemeinsam kommen wir sicher weiter. Es ist eine interessante Arbeit, bei der ich bis jetzt schon einiges gelernt habe. Wirklich spannend wird es dann, wenn wir unsere Erwartungen an Europa formulieren, an das, was über den einheitlichen Markt hinausgeht.

Und: habt ihr am 18. Juni gewählt? Bis jetzt ist das Europaparlament einer der wenigen Kritiker, die sich Gehör verschaffen. Wenn wir ihm nicht durch eine vernünftige Wahlbeteiligung den Rücken stärken, wird es niemals einen größeren Teil an der Macht erringen können.

(Dagmar Boedicker, 36, ist Übersetzerin für Englisch und Spanisch und schreibt Software-Handbücher. Gemeinsam mit Sabine Thümmel will sie europäische Kontakte für das FIF ausbauen. Aus diesen Kontakten soll ein Austausch über sozialverträgliche IuK-Techniken zwischen Informatiker(innen) in den Ländern Europas entstehen.)



Rüstungsseminare und kein Ende

FIFF-Demonstration von Polizei- und Sicherheitskräften zu Übungszwecken mißbraucht?

von N.N., Kordula Detlefs und Ralf Klischewski

Dreizehn FIFFlerInnen der Regionalgruppe Hamburg, die am 11. Mai 1989 vor dem 26-stöckigen Plaza Hotel mit Eistüten in der Hand gegen das Seminar für die Rüstungsindustrie "Anti-Submarine Warfare" protestierten, haben einen ganzen Tag lang Polizei, staatliche und hoteleigene Sicherheitskräfte in Atem gehalten. Dieses von einem führenden amerikanischen Militärberater geleitete Seminar sollte Vertreter der Rüstungsindustrie und Wissenschaftler über die zukünftige Entwicklung von U-Boot-Abwehrsystemen und deren militärstrategische Bedeutung informieren und ihnen vor Augen führen, welches Kriegsgeschehen die NATO in den nächsten Jahren fordert und welche Entwicklungen lukrative Aufträge versprechen.

Völlig unangebracht nahmen die Sicherheitskräfte diese Protestaktion zum Anlaß, ihre Macht zu demonstrieren. Die Polizei ließ ihre Muskeln spielen. Die Ursachen für diese Verschwendung von Steuergeldern sind bisher nicht geklärt. Menschliches Versagen ist nicht auszuschließen. Vermutlich hatten Polizei und Sicherheitsdienste von den FIFFlerInnen weit mehr Einsatz erwartet, etwa die Besetzung des Hotelkomplexes oder einen Einzug ins Seminar mit Transparenten, Pauken und Trompeten. Sollte etwa der Staatsschutz den FIFFlerInnen gar auch an Phantasie überlegen sein? Nicht auszuschließen ist jedoch auch, daß die FIFF-Aktion von der Polizei und den Sicherheitsdiensten zu Übungszwecken mißbraucht wurde.

Wie war es zu diesem Hamburger Spektakel gekommen und wie lief es ab?

1. Akt

Die Hamburger FIFF-Regionalgruppe fordert das Management des Plaza Hotels auf, die Veranstaltung des Rüstungsseminars "State of the Art Limited" (SAL) auszuladen.

2. Akt

Die erbetene Antwort des Hotels bleibt aus. Zur Aufklärung der Hamburger Bevölkerung erstellt FIFF Hamburg daraufhin ein Flugblatt über den Hintergrund des Seminars (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

3. Akt

Unmittelbar vor Seminarbeginn kommen drei Sicherheitsmänner eiligen Schrittes auf die nette SAL-Sekretärin aus London zu, die gerade vor dem Tagungsraum Unterlagen an Teilnehmer ausgibt. Mit seiner in gespannter Erwartung vorgetragenen Beruhigungsbotschaft "Wir haben alles im Griff, machen Sie sich keine Sorgen!" gelingt es dem Leiter der Einsatzgruppe nicht, Unruhe in die Veranstaltung zu bringen. Sorgen bereiten diesem betont freundlichen, grau melierten Herrn offenbar die vielen Zugänge zum Hotel. So will er Störungen im Hotel nicht ausschließen. Von früheren FIFF-Aktionen berichtet er Details an die sich die Hamburger AktivistInnen selbst gar nicht erinnern. Seine beiden Begleiter, ein kräftiger Zwei-Meter-Mann und ein gut gebauter kleinerer Typ mit Brille, suchen inzwischen mit ihren wachen Augen systematisch den Vorraum ab und inspizieren dann auch den Seminarraum. Auffallen können ihnen aber allenfalls die vielen Gläser auf den Tischen voller Gummibärchen. Mit dem Versprechen, mit dem Seminar in ständigem

Kontakt zu bleiben, entfernen sich die drei dann wieder.

4. Akt

Zu Beginn des Seminars um 9 Uhr werden die Teilnehmer auf erwartete Störungen aufmerksam gemacht. Die Ankündigung wird kommentarlos hingenommen.

5. Akt

Bereits lange vor der "drohenden Massenkundgebung" steht ein grüner Streifenwagen der Polizei vor dem Eingang zum Plaza. Potentielle Keime der erwarteten Störungen versuchen die Polizisten zu ersticken. Junge Leute in einem offenen PKW werden am Parken gehindert und müssen weiterfahren. Vor dem Treppeneingang zum Hotel im ersten Stock haben sich zwei Sicherheitsmänner als Wachposten platziert. Nur einer von ihnen ist vom Sicherheitsdienst des Hotels. Er ist durch "Plaza Security" gekennzeichnet.

6. Akt

Am vereinbarten Treffpunkt der "spontanen" Versammlung erscheint - pünktlich um 14 Uhr - ein weiterer Recht und Ordnung repräsentierender Streifenwagen. Kaum 10 Minuten später treffen auch die ersten FIFFlerInnen ein. Innerhalb der nächsten halben Stunde verteilen sie Flugblätter an Passanten und präsentieren die mitgebrachten Transparente dem interessierten Kamerteam. Ein freundlicher Einsatzleiter erkundigt sich nach dem geplanten weiteren Verlauf der Veranstaltung und zieht sich anschließend samt Streifenwagen zurück - auch von den Eistüten der "ProtestantInnen" scheint keine unmittelbare Gefahr auszugehen.

7. Akt

In der Kaffeepause des Seminars erscheinen wiederholt die beiden Sicherheitsleute mit ernsten Mienen. Sie sprechen mit der Sekretärin und dem Referenten.

8. Akt

Der Versuch, den Protest in das Hotel hineinzutragen, scheitert an einer Gegendemonstration von Sicherheitskräften des Hotels und der Staatsgewalt: während das Hotelpersonal den Eingang verbarrikadiert, verhält sich die plötzlich aufgetauchte 8-köpfige Polizeitruppe in Kampfanstalten abwartend.

In diesem Spannungsfeld entwickelt sich eine lebhafte Diskussion mit einem Vertreter der Geschäftsleitung über die friedenspolitische Verantwortung eines Hotelbetriebs.

9. Akt

Gegen 15 Uhr wird endlich den Seminarteilnehmern mitgeteilt, daß 15 Menschen vor dem Plaza Hotel gegen die Inhalte des Seminars demonstrieren. Alles sei ruhig, weitere Störungen seien nicht zu erwarten. Um nicht als Seminarteilnehmer erkannt zu werden, wird den Teilnehmern noch empfohlen, vor dem Verlassen des Hotels ihre Seminar- und Namens-Schilder abzulegen.

10. Akt

Ein angeregter Plausch zwischen DemonstrantInnen, Kamerateam und Einsatzleitung rundet die "Veranstaltung" ab. Nachdem die Flugblätter verteilt sind, ziehen alle Beteiligten mehr oder minder befriedigt von dannen.

11. Akt

Nach der offensichtlich erfolgreich beendeten Aktion verabschieden sich die beiden Sicherheitsleute mit stolz geschwellter Brust von den Veranstaltern. Durch ihren Erfolg sichtlich motiviert kündigen sie an, daß sie auch am nächsten Tag die Sicherheit des Seminars gewährleisten werden.

12. Akt

Am nächsten Morgen sichert der bullige Staatsschützer noch einmal den Zugang zum Seminarraum, diesmal sichtlich gelassen und mit verschmitztem Lächeln, als dächte er gerade an den Hauptmann von Köpenik. Leider gibt es am zweiten Tag in einem anderen Raum keine Gummibärchen mehr, auch kein Gebäck und kein Mineralwasser. Sollten dies die ersten Anzeichen für ein Umdenken der Plaza-Managements sei

13. Akt

Ende der FIFFigen Veranstaltung, die allein durch das tatkräftige Einschreiten der Polizei- und Sicherheitskräfte zum vollen Erfolg wurde.

Zum Abschluß möchten wir noch zwei Fragen an die LeserInnen der FIFF KOMMUNIKATION richten:

Polizei und andere Sicherheitsdienste setzen Informationstechnik (IT) massiv zur Kontrolle und Überwachung ein. Erwiesen ist ebenso, daß IT als Fehlerverstärker in Hamburg wirkt. Glauben Sie, daß der Fehleinsatz der Polizei- und Sicherheitskräfte in Hamburg auch eine Wirkung des IT-Einsatzes sein könnte? Glauben Sie, daß er eher eine Wirkung von zuviel oder von zu wenig eingesetzter IT sein könnte? Bitte schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion der FIFF KOMMUNIKATION.

Heimliche Kriegsvorbereitung in Hamburg!

Zwei Tage lang, vom 11. bis 12. Mai 89, kommen Militärs, Vertreter der Rüstungsindustrie und Wissenschaftler in Hamburg zusammen, um sich über die zukünftige Entwicklung von U-Boot-Abwehrsystemen und deren militärstrategische Bedeutung zu informieren.

Das Seminar ANTI SUBMARINE WARFARE – geleitet von einem führenden amerikanischen Militärberater – soll den Teilnehmern vor Augen führen, welches Kriegsgerät die NATO in den nächsten Jahren fordert und welche Entwicklungen lukrative Aufträge versprechen.

Im Vordergrund des Seminarprogramms stehen beispielsweise:

- U-Boot-Abwehr – Priorität maritimer Kriegsführung
- Bedeutung der „wachsenden sowjetischen Bedrohung“
- Auswertung von militärischen Konflikten (Falkland, Persischer Golf)
- zukünftige Anforderungen an U-Boot-Abwehrsysteme
- Überblick über amerikanische und europäische Sensortechnologie im Vergleich zu sowjetischen Entwicklungen
- NATO-Beschaffungsprogramme und zukünftige Markchancen für U-Boot-Abwehrwaffen

Warum wir dieses und ähnliche Seminare ablehnen

Die Zusammensetzung und der Gegenstand des Seminars offenbart die strukturelle Unfähigkeit des Westens zur Abrüstung: Die Forderungen der „angstgeschüttelten“ Militärs nach immer schlagkräftigeren Waffensystemen und das maßlose Gewinnstreben der Rüstungsindustrie, gepaart mit den durch keine Ethik begrenzten Forschungsinteressen der beteiligten WissenschaftlerInnen bewirkt die Produktion und den Einsatz immer neuer Kriegsführungsinstrumente. Die menschenbedrohende Rüstungsspirale wird dadurch unaufhaltsam weitergetrieben, obwohl eine Vielzahl von Abrüstungsinitiativen sich bemühen, die Chancen für einen weltweiten Frieden zu verbessern.

Das Seminar ANTI SUBMARINE WARFARE stützt sich auf die Auswertung von Bedrohungsszenarien und von tatsächlich stattgefundenen Auseinandersetzungen in Regionen außerhalb der Industrienationen. Als Grundlage für die „Effektivierung“ bestehender und die Entwicklung neuer Waffensysteme dienen diese Auswertungen lediglich dem Verkaufsinteresse der Rüstungsfirmen und dem Überlegenheitsstreben der Militärs.

Statt heimlich von geführten Kriegen zu profitieren, sollte gerade die BRD zu friedlichen Konfliktlösungen beitragen und alles mögliche tun, um das weltweite Waffengeschäft zu beenden.

KGB-"khaker" und CIA-Viren

von Ingo Ruhmann

Hacker, die fürs KGB arbeiten, Viren, mit denen CIA, NSA und andere Ost-Computer lahmlegen: aus den Spielchen gelangweilter Systemfreaks ist makaberer Ernst geworden. Was ist dran an militärischen Viren, wie bedrohlich sind sie, wie weit sind die Hacker in Uniform?

Informatik zwischen Ost und West war immer etwas von der anderen Art. Irgendeine Seite hatte immer etwas zu verbergen. Bis zum Anfang der achtziger Jahre gingen die Geschichten etwa so: Da wird ein Wartungstechniker zu einer daniederliegenden VAX irgendwo in der tiefsten Sowjetunion gerufen. Bepackt mit allen Schrankkoffern, die man so für eine größere Reparatur in entlegeneren Teilen der Welt braucht, macht sich unser guter Mann auf. Angekommen, geleitet man ihn durch eine Tür hindurch, in einen aus Holzbrettern zusammengeagelten Gang. An seinem Ende weitet sich der Gang zu einem ebenfalls frischgezimmerten Raum, in dem die sieche Maschine steht. Abschußrampe, Fabrik? Der Techniker hat nie gesehen, wo der Computer stand.

Aufschneiderei oder Wahrheit - mit derartigen Stories war jedenfalls Schluß, als die Reagan-Regierung dem Ost-West-Technologietransfer den Hahn abdrehte. Nun hatte der Westen etwas zu verbergen: seine gesamte Computertechnologie. Seitdem gibt es in der Ost-West-Informatik nur noch "Techno-Bandits", Spione und natürlich jede Menge Publicity-Stunts. Alles, was mit Computern zu tun hatte, wurde in den letzten Jahren genauso behandelt wie Kriegsgeschütz. Die Computertechnologie bekam vor allem für die USA strategische Wichtigkeit.

Passend zu diesem schweren strategischen Geschütz wurden in der Vergangenheit in aller Heimlichkeit die taktischen Waffen ent-

wickelt. Computer-Viren sind eine dieser Waffen, beamtete "Hacker", militaristische Computer-Saboteure, die Special Forces dieses Computerkrieges.

Der Fall der "KGB-Hacker" im März dieses Jahres hat den Vorhang über diesem neuen Kampfplatz gelupft. Dabei spielt es für die Militärstrategen keine Rolle, wie neu die ganze Story überhaupt war, wie viel die Freizeithacker zusammenkopiert haben und wie sinnvoll es für den KGB war, von Hannover an der Leine aus das Modem in Schwingungen zu bringen, statt von Halle an der Saale aus, was auch nur bedingt das Risiko mindert hätte, von den Überwachern der NSA erwischt zu werden. Wichtig ist für die Militärs, daß sie da ein neues Arbeitsfeld wittern. Zu den Vorstellungen eines Oberstleutnants der Bundeswehr gab es ja bereits in der FIFF KOMMUNIKATION 2/89 eine Stellungnahme des FIFF.

Zwar gibt es bei den staatlichen "Stellen" zur Zeit kaum findige Hacker, die wirklich dem Bild entsprechen, das sich die Geheimdienst- und Sabotagefritzen von den Möglichkeiten der Hacker machen, aber dem wird ja schon nachgeholfen. Steffen Wernery vom Chaos Computer Club erklärte, der Verfassungsschutz sei an ihn schon herangetreten mit dem Druckmittel, bei einer Zusammenarbeit gäbe es keinen Ärger mit den sogenannten "Hackerparagrafen" (siehe Kasten). Wernery lehnte ab - die Reaktion anderer ist jedoch nicht bekannt. Dieser Vorfall zeigt, wieviel Bedeutung das Thema Hacken für die Krieger unserer inneren und äußeren Sicherheit hat und wie zweifelt sie nach Mitteln und Wegen suchen um erstens einen Überblick zu bekommen, zweitens an fähige Leute zu kommen, drittens sich selbst so viel Ahnung zuzulegen, um diese Art des Umgangs mit Computern für die eigenen Zwecke zu

nutzen und viertens ihre ungeliebten zivilen "Vorbilder", die Hacker, auszuschalten: Hacker, die sich den freien Datenaustausch auf die Fahnen schreiben und denen Geheimhaltung eine Sauerei ist, sind ein dicker Dorn im Auge all jener Geheimniskrämer, die möglichst viel für sich behalten wollen.

Hacken für Vater Staat

Der Weg zur staatlichen Computer-Sabotage orientiert sich zur Zeit also an vier Punkten. In all diesen Punkten ist unser, sind andere Staaten aktiv:

1. Den Überblick bekommen.

Vor allem aus Angst um Sicherheitslücken hat die Bundesregierung einen "Interministeriellen Ausschuß für die Sicherheit in der Informationstechnik (ISIT)" gebildet und die Zentralstelle für das Chiffrierwesen (ZfCh), die sich bisher mit Chiffrierfragen und der Abstrahlsicherheit von Computersystemen beschäftigt hat, mit der Entwicklung von Kriterien zur Computersicherheit allgemein betraut. Die ZfCh wird in Zukunft weiter ausgebaut werden zur "Zentralstelle für das Chiffrierwesen und die Sicherheit in der Informationstechnik". Hier wird also fortgeführt, was bisher schon Hauptarbeitsfeld staatlicher Systemspezialisten war: die Erstellung "sicherer" Systeme. Ein Nebenprodukt ist dabei eine Abschätzung über die Gefahrensituation und ihre Verursacher.

2. An Leute kommen.

Was das BKA in der Entdeckung von Computerkriminalität sein will, wird offenbar vom Verfassungsschutz durch das Anwerben von Hackern fürs Hacken sinnig ergänzt. Steffen Wernery ist kaum ein Einzelfall. Hacken bedeutet für den Verfassungsschutz dabei nicht die

bessere Eigensicherung, denn dafür arbeiten dort schon Experten, sondern gerade auch die Spionage in fremden Dateien und Mailboxen. "Legal" Hacken also nur noch für Vater Staat! BND und MAD für diesbezüglich gänzlich desinteressiert zu halten, wäre eine grobe Unterschätzung dieser Dienste.

3. Eigene Kompetenzen erwerben.

Gerade, was den BND angeht, so kannte man die immer etwas abseits stehenden Herren im Trenchcoat von der "Bundesvermögensverwaltung in Pullach" bisher schon aus allen möglichen DV-Kursen, meist aber zu solch simplen Sachen wie Datenbanken, "mein Editor und ich" und andere Einführungskurse. So werden langsam Geheimdienstler zu DV-Leuten geschult - andersrum ist es schwieriger, weil für den BND kaum sicher genug. Dort und anderswo hat man aber die jüngsten Entwicklungen sorgsam registriert und lernt jetzt dazu.

Hilfreich könnten bei diesem Lernprozeß zum Beispiel die Erfahrungen der Hochschule der Bundeswehr sein, die schon Ärger mit "Viren" hatte: Zum Jahreswechsel 1984/85 zerstörte sich das Graphik-System GURUGS 2001, weil dessen Programmierer entlassen worden war. Und da die Bundeswehr nicht nur frustrierte Programmierer, sondern auch frustrierte Wehrpflichtige an ihre Computer läßt, dürfte dies kein Einzelfall sein. Auch mit ihren militarierten PCs unter MS/DOS dürfte die Bundeswehr in Anbetracht der Viren für dieses Betriebssystem einem Feldversuch entgegengehen, den sie sich so nicht vorgestellt hatte. Hier besteht also ein weites Feld, praktische Kompetenz zu erwerben.

4. Die Hacker kaltstellen.

Dazu hat man zwar jetzt geeignete Gesetze, aber es muß ja erst mal jemand einen Hacker bemerken und dessen dann auch noch habhaft werden. Mit ISDN versprechen sich einige besseren Schutz vor Attacken von außen, aber dies wird bestenfalls zu einer verbesserten Tarnung echter Hacker sowie zu geeigneten Manipulationen an ISDN-Komponenten führen.

Weil also Hacken von außen genauso wenig aufhören wird wie das Fummeln an Programmen durch Insider und weil Wirtschaft und Staat eher ein paar Hacker jagen, als ihre Systeme wenigstens ein wenig sicherer zu machen, wird sich die Hackerhatz verschärfen. Sobald irgend jemand in Wirtschaft und staatlicher Verwaltung künftig geärgert wird, werden die Antihackergesetze wesentlich verschärft werden.

007 im Rechenzentrum

Währenddessen gehen im Ausland die Aktivitäten im Bereich Computer-Spionage bereits viel weiter, als die meisten glauben wollen. Nachdem ebenfalls Anfang März dieses Jahres ein sowjetischer Militärattaché aus den USA ausgewiesen wurde, weil er sich für Details von Computer-Sicherheits-Software interessierte, rückte das amerikanische Nachrichtenmagazin TIME mit der Nachricht heraus, daß amerikanische Dienste in der Vergangenheit "beachtlichen Erfolg dabei hatten, geheime militärische Computersysteme in der Sowjetunion und anderen Ländern zu penetrieren. Die Regel, erklärte ein Experte, sei, daß bei jedem Land, dessen sensitive Kommunikation wir (die USA) lesen können, wir auch in ihre Computer gelangen können". Dabei wird allerdings nicht nur per Telefon in entfernte Computersysteme, sondern auch durch Agenten vor Ort in Computerzentren eingebrochen. Dort kommt ihnen dann zupass, daß eine Reihe von Computern Modelle US-amerikanischer Firmen sind.

Spezialist für alle Arbeiten dieser Art ist die NSA, deren weltumspannendes Abhörnetz ja erst kürzlich (im Spiegel 8/89) wieder für ein wenig Aufregung sorgte. NSA und CIA haben bereits mit Viren in Computersystemen "anderer Nationen" experimentiert mit dem Ziel, diese Systeme lahmzulegen. Von welcher Art und welchem Umfang diese Viren-Infektionen sind, bleibt unklar; einigen Leuten bei NSA und CIA geht es jedoch zu weit - sie fürchten Vergeltungsaktionen.

Zwar glauben sich die US-Dienste und das Pentagon vor solcher Art der Vergeltung dadurch relativ sicher, daß sie in den letzten

vier Jahren ihre Kommunikationsnetze vor allem durch Chiffrieren sicherer gemacht haben. Allerdings wird das nicht genug sein: 1985 stellte eine Studie des Department of Defense Computer Science Center fest, daß von den 17.000 DoD-Computern nur 30 die minimalen Sicherheitsstandards erfüllten, 99,83% also als unsicher eingestuft werden mußten. Zwei Drittel der untersuchten DoD-Stellen gaben sich noch nicht einmal die Mühe, den Fragebogen der amtlichen Studie auszufüllen.

Computersabotage als Mittel geheimdienstlicher und militärischer Auseinandersetzung ist heute keine Science-Fiction mehr. Je mehr Ost und West auf dem Computersektor zusammenrücken - der erste amerikanisch-sowjetische Teleport existiert bereits und eröffnet NSA-Leuten vielleicht bald die Möglichkeiten der Teleheimarbeit -, desto größer werden die "Chancen" für die dienstlichen Computersaboteure und die Risiken für Bürgerinnen und Bürger. Ziel derartiger Angriffe sind nicht nur militärische Computer, sondern alles, was Verwirrung bringt und leicht zu infizieren ist, also gerade auch die Systeme der zivilen Infrastruktur. Und es muß nicht immer der böse Gegner sein, der da am Code fummelt, denn viel öfter haben die besten Freunde Motiv und Gelegenheit, lästige Konkurrenten zu behindern, politische Strömungen zu beeinflussen oder ähnliches.

InformatikerInnen sollten sich hierfür nicht mißbrauchen lassen und ein echter Hacker wird kaum vergessen, daß Computersabotage mit Hacken nichts zu tun hat. Stattdessen sollten wir alle diesen Unsinn unterbinden, wo wir das können. Verantwortliches Handeln, das heißt in diesem Falle sowohl Öffentlichkeit herstellen, als auch selbst für Abhilfe sorgen. Jedes für sich: die immer größere Abhängigkeit von Computersystemen und darin sabotierende Staatsterroristen, ist bereits Blödsinn genug. Beides zusammen können wir uns nicht leisten.

Das eigentliche Problem sind nicht die Hacker

von Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann

Die Aufregung über Hacker und Viren will nicht verstummen. Besonders laut erregen sich dabei solche, die mit DV so wenig zu tun haben, daß sie glauben, mit Computern ginge alles sicherer, besser und vor allem billiger. Solche Leute also, denen schärfere Gesetze eine kostengünstige Alternative zum Kauf von Sicherheitssystemen sind. Doch wer ist gefährlicher: der, der vor Sicherheitsmängeln warnt, oder der, der diese Warnungen ignoriert?

Weil nur "mehr Leistung durch mehr Technik" möglich sein sollte, wurde hier wie überall auf der Welt erst mal viel Geld und Energie in die Umstellung auf Computer gesteckt. Nachdem alle Daten digitalisiert und Kleinbetriebe ebenso wie Großunternehmen von Computern abhängig sind, wird jetzt allen Computerbesitzern eingehämmert: Alle Computer vernetzen und alle Kommunikationsdienste integrieren - nur das vermeidet "Systembrüche", soll heißen: Doppelarbeit.

Nun, da die Netze sprießen und konvergieren und endlich alles - angeblich - auf Knopfdruck funktioniert, merken auch die unerschütterlichsten Computerbesitzer, daß etwas nicht stimmt. Aus allen Computerzeitungen quellen die Warnungen: Böse Hacker wollen Deine Daten! Viren sind in Deinen Programmen! Das Chaos steht vor dem Diskettenlaufwerk! Und das ist gut so, denn so, wie die Dinge liegen, gibt es mehr Gründe, die für Hacker sprechen, als gegen sie. (Wir wollen hier natürlich nicht kriminellen Elementen das Wort reden, die vorhandene Sicherheitslücken in Computernetzen zum Schaden anderer ausnutzen. Solche Leute sind ausdrücklich nicht gemeint, wenn wir hier den Begriff "Hacker" verwenden.)

Da ist als erstes die Computerbranche. Gäbe es keine Hacker - die Computerindustrie hätte sie garantiert erfunden. Für die Industrie haben Hacker zwei unschätzbare Vorteile: sie sorgen für ein Umsatzplus und lenken von lästigen Problemen ab.

Ein Umsatzplus erwarten so manche Händler: Seit es Viren gibt, kann jeder PC-Verkäufer plötzlich eine Reparatur vornehmen, deren Resultat garantiert ein Virus ist. Oft genug sind auch Viren da, seitdem manche Softwarefirmen ihre Produkte mit Viren vor dem Kopieren sichern. Aber auch bei Mittel- und Großcomputern freuen sich die Hersteller: Mit mehr oder weniger schlechter Sicherheitssoftware ist endlich ein neues Produkt zu vermarkten, dessen Markt dank der Hacker in immer neuen Varianten entsteht.

Von lästigen Problemen lenken die Hacker ab, weil sie und nicht fehlerhafte Software auf einmal die Hauptsorge von Anwendern sind. All das Gerede vom "Risiko Software", mit dem wir leben müßten, ist verstummt. Statt sich zu beklagen, nehmen viele wieder die Segnungen von Bananensoftware (die, die beim Kunden reift) hin, solange bloß kein Virus den Ärger verursacht. Die Emanzipation der Kunden von den Software-Flickschustern hört auf, wenn der Software-Doktor kommen muß, um eine höchst diffizile Viren-Operation durchzuführen. Mit diesen Spielchen haben sich die InformatikerInnen selbst mehr Arbeit geschaffen, als sie abarbeiten können und überdies all die Computerbenutzer wieder in ihre Abhängigkeit gebracht, die vom Betriebssystem bloß die Kommandos kennen.

Die kommerzielle Informatik beginnt, dem Kundenfrust geschickt auszuweichen und ihm ein neues Ziel zu geben. Proportional zu dem Ärger, den alle Computerbenutzer mit jeder Art von Maschine und Programm haben, nimmt ihre Bereitschaft zu, auf der einen Seite all ihren Ärger auf anonyme Hacker abzuwälzen und auf der anderen die genialen Hackerbändiger ihrer Vertragsfirma wieder zu ihren Helden zu küren. Dementsprechend stärker bläst der Wind nun den Hackern ins Gesicht. Hacker sind zu Sündenböcken geworden, seitdem immer mehr leichtgläubige Benutzer vor der Kiste hocken, die ihre Fehler nicht mehr bei sich selbst suchen müssen, sondern einem Virus gutschreiben können.

Bei den Anti-Hacker-Paragrafen (siehe Kasten) haben sich zwar vor allem die großen deutschen Computerunternehmen durchgesetzt, aber die von immer mehr Bundesbürgern erfahrbare Abhängigkeit von "fragiler" Software mehrt die Akzeptanz dieser Gesetze.

Aber dies ist nur die Außen-Seite des Problems. Innerhalb der Computergemeinde sieht es anders aus. Hier sind Nutzen und Schaden dieser Art des Computergebrauchs nicht so klar zu trennen. Das beginnt damit, daß Unternehmen - wie gesagt - Viren als Kopierschutz nutzen. Differenziert man dann noch Hacker und Hacker, wird es unübersichtlich: Hacker verstehen sich als Aufklärer: Sie wollen Sicherheitslücken ausspähen und darüber aufklären und treten gegen die Geheimhaltung von Informationen an. Als Cracker werden solche Hacker bezeichnet, die unter allen Umständen in fremde Systeme eindringen wollen, um dort Schäden anzurichten.

Anti-Hacker-Paragrafen

Wie eine Anfang 1988 durchgeführte Untersuchung zur Sicherheit der Informationsverarbeitung (siehe Computermagazin 5/89) gezeigt hat, wird von der Seite der Unternehmen bisher noch sehr wenig zum Schutz der DV-Anlagen und Daten unternommen, nur 28 Prozent der befragten Unternehmen verfügen überhaupt über ein Sicherheitskonzept. Dagegen ist die strafrechtliche Verfolgung schon längere Zeit geregelt.

Das zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (2. WlKG), seit August 1986 in Kraft, schafft die strafrechtlichen Grundlagen zur Bekämpfung der Computerkriminalität. Mit diesen gesetzlichen Regelungen hat die Bundesrepublik Deutschland Anschluß an die internationale Entwicklung gefunden. Gesetze gegen Computerdelikte gibt es u.a. in den USA, Kanada und Dänemark.

Geahndet werden folgende Erscheinungsformen der Computerkriminalität:

- Computerspionage (§ 202 StGB)
- Datenveränderung (§ 303a StGB) und Computersabotage (§ 303b StGB)
- Computerbetrug (§ 263a StGB) und Fälschung von beweis erheblichen Daten (§ 259 StGB)

Im folgenden sollen hier kurz die Tatbestände und ihre Bestrafung beschrieben werden.

Zur Verhinderung von Computerspionage, dem am häufigsten auftretenden Computerdelikt, wird im § 202a StGB das "Auspähen von Daten" unter Strafe gestellt. Strafbar macht sich, "wer unbefugt Daten, die nicht für ihn bestimmt und die gegen unberechtigten Zugang besonders gesichert sind, sich oder einem anderen verschafft". Es können Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren oder Geldstrafen verhängt werden.

Mit dem § 303a StGB steht die Datenveränderung unter Strafe. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei

Jahren oder einer Geldstrafe wird bestraft, wer Daten "löscht, unterdrückt, unbrauchbar macht oder verändert". Im Gegensatz zum Auspähen von Daten ist hier bereits der Versuch strafbar.

In § 303b StGB wird die Computersabotage geahndet. Geschützt werden sollen Datenverarbeitungsanlagen, "die für einen fremden Betrieb, ein fremdes Unternehmen oder eine Behörde von wesentlicher Bedeutung" sind. Computersabotage ist entweder eine Tat nach § 303a StGB oder eine Tat, die einen Datenträger "zerstört, beschädigt oder unbrauchbar macht, beseitigt oder verändert". Sie wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bestraft. Auch im Falle der Computersabotage ist der Versuch bereits strafbar.

Eine andere Neuerung, § 263 StGB, ahndet den Computerbetrug. Danach ist eine vorsätzliche Handlung, die eine Vermögensschädigung eines Dritten hervorruft, strafbar, wenn "das Ergebnis eines Datenverarbeitungsvorgangs durch unrichtige Gestaltung des Programms, durch Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Daten, durch unbefugte Verwendung von Daten, oder sonst durch unbefugte Einwirkung auf den Ablauf beeinflusst" wird. Die Strafe beträgt hierbei bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe.

Ebenfalls unter Strafe steht nach § 269 StGB die Fälschung beweis erheblicher Daten. Bestraft wird, "wer zur Täuschung im Rechtsverkehr beweis erhebliche Daten so speichert oder verändert, daß bei ihrer Wahrnehmung eine unechte oder verfälschte Urkunde vorliegen würde". Auch bestraft wird, wer derartig gespeicherte oder veränderte Daten gebraucht. Der Versuch der Fälschung beweis erheblicher Daten ist strafbar. Die Freiheitsstrafe beträgt bis zu fünf, in besonders schweren Fällen bis zu 15 Jahren, oder es wird eine Geldstrafe verhängt.

(Ute Bernhardt)

Hacker waren also die, die als erste Sicherheitslücken entdeckten und davor seit Jahren schon warnen - nur, daß ihren Warnungen kaum Reaktionen seitens der Computerebetreiber und -hersteller zur Beseitigung dieser Lücken folgten, sondern vor allem eins: der Versuch, diese Kritik zu unterdrücken. Sei es die Firma Phillips, die Steffen Wernery vom Chaos Computer Club verhaften ließ, oder die vom sogenannten NASA-Hack betroffenen Firmen und Institutionen, die nicht genannt sein wollten, aber ihre Sicherheitslöcher nicht stopften, sie alle lieber verheimlichten als zu handeln. Genau dieses Ziel wird auch bei den Anti-Hacker-Paragrafen sichtbar: Lieber harte Strafen für Missetäter als Aufsehen oder gar Vorschriften für sichere Computersysteme. Damit werden Hacker kriminalisiert und für Geheimdienste erpreßbar. Die Folgen dieser Erpreßbarkeit waren erst Anfang März zu begutachten (siehe Artikel "KGB-hacker und CLAViren" in dieser FIFF KOMMUNIKATION).

Die Geheimhaltung von Sicherheitslöchern bei Computern ist eine alte Geschichte. Oft wurden Computerbetrügereien gar nicht zur Anzeige gebracht, einfache Hacker befördert, gierige Betrüger, wenn sie erwischt wurden, zur Rückzahlung bewegt. Teilweise jedoch trägt diese Geheimhaltungsmanie schon groteske Züge. Die erste Erwähnung des Begriffs Computer-Virus stammt aus Science-Fiction-Stories von David Gerrold, die im Buch "When Harlie was One" 1972 erschienen. Die jüngst publizierte Neuauflage des Buches ist jedoch genau um diese Story bereinigt. Da bleibt die Frage, wann Brunners Buch "Schockwellenreiter", das erstmals einen DV-Wurm, ein im Unterschied zu den in anderen Programmen nistenden Viren selbständiges Programm, das sich durch die Netze schleicht, beschreibt, aus dem Verkehr gezogen wird.

Solange diese Geheimhaltungsstrategie besteht, wird es Leute geben, die dagegen angehen wollen. Hacker, die für den freien Datenaustausch stehen, haben vor allen durch diese Geheimniskrämerei und Abschottung ihre Berechtigung. Sie haben Recht darin, unser Informationsniveau zu heben. Informations-

freiheit, Freedom of Information, ist allerdings eine politische Forderung, die auch politisch eingefordert werden muß. Der einsame Hacker darf da nicht zum privaten Ersatz für politisch nicht erreichbare Ziele werden.

Das Vertuschen von Sicherheitslücken im System aber wird zu einem bösen Erwachen führen. Kein System wird dadurch sicherer, daß man einfach niemandem von einem erfolgreichen Hacker-Einbruch erzählt und nur ja nichts ändert. Computersicherheit kann nur durch eigenes Handeln erreicht werden.

Computersicherheit ist jedoch so lange notwendig, solange wir uns in immer größere Abhängigkeit von Maschinen begeben. Gerade als Informatik-Kritiker kann man nicht auf der einen Seite die zu große Abhängigkeit beklagen und auf der anderen unbedachtes Hacken und Cracken gutheißen. Das Beispiel einer Krankenhausgruppe, die unbedingt die gesamte DV ihrer regionalen Krankenhäuser on-line an das zentrale Rechenzentrum anschließen muß, zeigt den Mangel im Sicherheitsdenken, der überall herrscht und ist kein Einzelfall.

Dieses Un-Sicherheitsdenken gepaart mit wachsendem Computereinsatz aber macht Hacker notwendig. Da die Computer-Betonköpfe offenbar nur aus Fehlern zu lernen imstande sind, benötigen sie Hacker, die ihre angeblich sicheren Systeme überlisten und sie von ihrem Unfehlbarkeitsdenken befreien. Denn es ist die Behändigkeit der DV-Leute und nicht die Bosheit der Hacker, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellt.

Der Bundesdatenschutz-beauftragte zur Observierung des FIFF

von Ralf Klischewski

Das FIFF wird bespitzelt - und zwar von der "Psychologischen Verteidigung". Dies war das entscheidende Ergebnis der Recherche von Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann aufgrund einer MONITOR-Sendung, und so stand es in ihrem Artikel "Wehrkraftzersetzung: FIFF observiert" in der letzten FIFF KOMMUNIKATION.

Inzwischen hat sich - u.a. aufgrund einer FIFF-Anfrage - der Bundesbeauftragte für den Datenschutz (BfD) Dr. Einwig in diesem Fall bemüht. Die wichtigsten Untersuchungsergebnisse liegen dem FIFF schriftlich vor, ebenso eine Stellungnahme an das Verteidigungsministerium. Was steht drin?

Gegenstand der datenschutzrechtlichen Kontrolle war das Streitkräfteamt, und dort im wesentlichen das für Psychologische Verteidigung (PSV) zuständige Dezernat I6. In dieser Abteilung findet sich das FIFF bzw. personenbezogene Daten von FIFF-Mitgliedern in folgenden (nicht automatisiert geführten) Dateien wieder:

- "Datei der Vereinigungen, die sich an der geistig-politischen Auseinandersetzung mit der Verteidigung beteiligen" (O-Ton Streitkräfteamt) - unter dem Stichwort FIFF sind darin personenbezogene Daten des FIFF-Vorsitzenden sowie einiger weiterer Mitglieder enthalten.
- "Datei der Exponenten von Vereinigungen, die sich an der geistig-politischen Auseinandersetzung mit der Verteidigung beteiligen" (pro Person mindestens ein DIN A4-Blatt) - in der prominenten Gesellschaft von z.B. Prof.Dr. Bonhoeffer, Petra Kelly, C.F. von Weizsäcker und Christa Wolf befinden sich auch perso-

nenbezogene Daten der stellvertretenden FIFF-Vorsitzenden Helga Genrich.

Woher die Daten stammen? Vom MAD angeblich nicht. Von dort werden regelmäßig sogenannte Quartalsberichte an die PSV übersandt, aber: "Die Durchsicht der Quartalsberichte der letzten Jahre ergab, daß darin kaum personenbezogene Daten enthalten sind." Für die Übersendung weiterer MAD-Informationen - so der Bundesbeauftragte - "haben sich keine Anhaltspunkte ergeben".

Zwar gehen dem Streitkräfteamt unregelmäßig Monatsberichte der Stabsoffiziere für PSV der Wehrbereichskommandos zu, gespickt mit Flugblättern einschließlich personenbezogener Daten. Aber in erster Linie bemühen sich die MitarbeiterInnen des Unterarbeitsbereiches "Psychologische Verteidigung West" selbst, "die Absichten und Maßnahmen extremistischer und wehrfeindlicher Gruppierungen in der BRD gegen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der BRD, gegen die Bundeswehr und die alliierten Streitkräfte in der BRD" auszukundschaften (PSV-Auftrag).

Laut BfD haben sich bei dieser Tätigkeit "keine Anhaltspunkte für einen Zufluß oder eine Erhebung von personenbezogenen Daten aus anderen als jedermann zugänglichen, öffentlichen Quellen ergeben". Die "Offenheit" der PSV hat allerdings auch ihre Grenzen: die auszuwertenden Zeitungen und Zeitschriften werden zum Teil unter der Privatadresse von MitarbeiterInnen abonniert - wahrscheinlich aus Rücksicht auf die betroffenen Friedensinitiativen, damit diese keinen "Schandfleck" in ihren Postverteilern haben...

Und wohin gehen die Daten? Für die Weiterverarbeitung im Streitkräfteamt erarbeitet der Arbeitsbereich "PSV West" Berichte, Analysen, Bewertungen und darüber hinaus sogenannte Halbjahresberichte (Auflage: 650), die u.a. an die Akademie für PSV der Bundeswehr in Waldbröl gehen. Jene verhackstückt sie zu "sicherheitspolitischen Argumentationshilfen" und beliefert damit das Dokumentations- und Fachinformationszentrum der Bundeswehr (DOKFIZ).

In engem Kontakt mit der PSV steht außerdem - laut MONITOR - die "Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V.". Doch die Recherchen des BfD enden hier - als nicht-öffentliche Einrichtung liegt dieser Verein außerhalb seiner Kontrolle.

So viel zu den Tatsachen - besser gesagt zu den bisher bekannt gewordenen Fakten. Aber was hat denn nun der Bundesbeauftragte dazu gemeint?

Bemängelt wird vor allem das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage, ohne die in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht eingegriffen werden darf: "Eine gesetzliche Grundlage für die angesprochene Datenverarbeitung, die den Anforderungen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts entspricht, liegt nicht vor." Außerdem sei die Speicherung personenbezogener Daten "in dem festgestellten Umfang keinesfalls erforderlich" (dies betrifft Angaben wie "alleinerziehende Mutter", Berufsausbildung/Tätigkeit/Beschäftigungsstelle, private Adresse, Geburtsdatum und -ort), und es fehlt jegliche Regelung über die in die Dateien aufzunehmenden Daten.

Daraufhin greift der Bundesbeauftragte für den Datenschutz zu seiner schärfsten Waffe - er "beanstandet" (gemäß §20 BDSG)

- die festgestellte Speicherung personenbezogener Daten (in den oben erwähnten Dateien), "weil diese für die rechtmäßige Erfüllung der Aufgaben des Streitkräfteamtes nicht erforderlich waren und sind",
- die langjährige Nichtaufnahme der Daten und der darauf bezogenen Aufgaben in die Dateiübersicht sowie

- das Unterlassen der Veröffentlichung der gespeicherten personenbezogenen Daten.

Das war's - das heißt, nicht ganz. Angeblich soll der Verteidigungsminister bereits auf Veränderung gedrängt haben. Der Bundesbeauftragte hat jedenfalls dafür seine Beratung angeboten, "um in Zukunft eine datenschutzrechtlich einwandfreie Lösung sicherzustellen". Beruhigt?

Sicher, der BfD hat ein Stück sinnvolle Aufklärungsarbeit geleistet. Aber deswegen muß die Bespitzelung noch lange kein Ende haben, im Gegenteil: wo die gesetzliche Grundlage fehlt, wird eben nachträglich legalisiert, am besten noch mit weitergehenden Optionen - die Sicherheits- und Zusammenarbeitsgesetze sind ein aktuelles Beispiel für diese Praxis.

Die Datenschutzgesetze von Bund und Ländern sind von vornherein nicht dafür ausgelegt worden, die staatlich organisierte Überwachung von Menschen und Organisationen zu unterbinden. Sie dienen lediglich dazu, die entsprechenden Institutionen vor vollendeter Hemmungslosigkeit zu schützen. Im Sinne dieser Art Schadensbegrenzung sollten allerdings auch wir als Betroffene die rechtlichen Möglichkeiten nutzen ("überwachungsgefährdet" sind vor allem Vorstandsmitglieder und regionale Kontaktpersonen).

Der BfD hat in seinem Schreiben auf das Recht hingewiesen, von der speichernden Stelle (hier Streitkräfteamt) Auskunft über gespeicherte Daten zu verlangen und hat sich bereiterklärt, jeden bei der Durchsetzung dieses Anspruchs zu unterstützen. In unserem Bonner Büro ist deshalb eine Vorlage für diese Anfrage erstellt worden, die alle Interessierten dort bekommen können. In der Geschäftsstelle werden auch die Kopien der Antwortschreiben gesammelt, so daß wir vielleicht schon in der nächsten FIFF KOMMUNIKATION über die Resonanz dieser Aktion berichten können.

Die Observierung des FIFF ist natürlich nur am Rande eine datenschutzrechtliche Frage. Das Problem liegt in der Existenz überwachungsstaatlicher Einrichtungen

und ihrem Auftrag zur Bespitzelung von Menschen und ihren Vereinigungen, die in diesem Staat nicht alles kritiklos hinnehmen. Solange dafür ohne öffentliche Kontrolle Milliarden Mark an Steuergeldern ausgegeben werden, so lange braucht sich keine R zu wundern, wenn er oder sie in die Fänge dieser von sich aus maßlosen Institutionen gerät.

Das Zurückdrängen des Überwachungsstaates ist und bleibt eine politische Aufgabe - dafür kann das Absenden einer Postkarte ein Beitrag sein - , aber alle wird es die Psychologische Verteidigung und ihren Auftrag nicht anfechten. Dies aber scheint dringend geboten. Liefern solche Einrichtungen doch das Propagandamaterial für die "Bedrohung von innen", die es mit Staatsmacht zu bekämpfen gilt. Denn letztlich steht auch die Existenzberechtigung der Streitkräfte auf dem Spiel: wo eine "äußere Bedrohung" immer weniger zu rechtfertigen ist, sind neue Feindbilder gefragt.

Einen entsprechenden Sinneswandel konnte wohl auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz nicht nachvollziehen: "Gegen die Erforderlichkeit derartiger Datensammlungen spricht weiterhin generell, daß der Arbeitsbereich Psychologische Verteidigung Ost - im gleichen Dezernat des Streitkräfteamtes - ohne vergleichbare Arbeitshilfen auskommt."

(Ralf Klischewski, 27, FIFF-Vorstandsmitglied, ist Student der Informatik und der Politikwissenschaften in Hamburg. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Interessendurchsetzung in Entwicklung und Anwendung von IuK-Techniken.)



ÜBERALL

Die Redaktion der FIFF KOMMUNIKATION ist nicht 100%-ig damit zufrieden, wie sich die Rubrik FIFF-ÜBERALL entwickelt. Leider kommen noch sehr wenig Beiträge aus den Regionalgruppen oder den überregionalen AKs. Jeder auch noch so kurze Beitrag ist willkommen.

Bonn

Die Bonner Regionalgruppe trifft sich im Mai bereits zu ihrer 6. Sitzung. Es gibt uns also doch! Nach der bisherigen bunten Reihe (Informatik und Militär, Demokratie, Sozialversicherungsreform) wollen wir die nächsten Monate das Thema 'Computer und die Macht des Geldes' bearbeiten. Im einzelnen wollen wir uns mit Fragen wie z.B. Electronic Banking, internationaler Geldverkehr, Wirkungen des Rechner-Einsatzes im Umfeld des Bankenbereichs befassen. Dazu werden wir Material sammeln und ReferentInnen einladen. Im Mai beginnen wir mit einem einführenden Vortrag zum dem Thema 'Volkswirtschaftliche Folgen des internationalen Geldverkehrs'.

(Manfred Domke)

Hamburg

Hamburger Hoteliers bekamen ungebetenen Besuch. Nachdem Mitglieder der FIFF-Regionalgruppe (mit friedensbewegter Unterstützung) bereits Ende Januar den Zugang zum Hotel Inter-Continental behinderten, protestierten sie am 11. Mai 1989 mit Flugblättern und Transparenten vor dem Plaza Hotel am Dammtorbahnhof. Anlaß waren jeweils dort abgehaltene Seminare der Firma "State of the Art Limited" (SAL), in denen ein

amerikanischer Militärberater Vertreter von Rüstungsfirmen und Forschungsinstitutionen über die militärische Effektivität bestehender und die Anforderungen an zukünftige Waffensysteme im Bereich maritimer Kriegsführung informierte. Der FIFF-Protest gegen diese Art Kriegsvorbereitung konnte zwar die Seminare nicht verhindern, aber die betroffenen Hoteliers - um das öffentliche Ansehen sehr besorgt - werden ihre Räumlichkeiten wohl kaum wieder zur Verfügung stellen. Die Hamburger Regionalgruppe wird jedenfalls auch weiterhin "für eine rüstungsfreie Hansestadt" eintreten (siehe auch den Beitrag "Rüstungsseminare und kein Ende" in AKTUELL).

Konstanz

Die Regionalgruppe Konstanz hat sich nach fast zweijähriger Pause im April wieder einmal getroffen. Es kamen etwa 20 Leute, darunter einige FIFF-Neulinge. Thematischer Schwerpunkt des Treffens war ISDN. Da in der Bevölkerung, aber auch innerhalb der Gruppe ein großes Informationsdefizit festgestellt wurde, soll die Diskussion zu diesem Thema nun weiter vertieft werden. Um zudem FIFF einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen, ist eine Veranstaltung zur ISDN-Problematik in der Universität geplant.

München

Im April fand unsere diesjährige Wochenend-Klausur statt (siehe Artikel in AKTUELL in dieser FIFF KOMMUNIKATION).

Seit einigen Monaten haben wir am Anfang jedes Plenums einen mündlichen Pressespiegel. Dabei werden in etwa 15 Minuten die wichtigsten Presseartikel über FIFF-Themen vorgestellt. Unsere Plenumsthemen waren noch einmal ISDN mit einem Videofilm, PROSOZ (siehe weiteren Artikel in AKTUELL) und zuletzt GCN. Dazu hatten wir drei Vertreter des

Münchner Büros von Global Challenges Network (GCN) auf unserem Juni-Plenum zu Gast. Sie berichteten über die aktuellen Programme, insbesondere über das im Aufbau befindliche MeßNetz-Projekt. Vielleicht werden Vertreter von GCN auf unserer nächsten Jahrestagung sein.

Im Rahmen der deutsch-sowjetischen Friedenswochen hatten wir zwei Bürger der UdSSR für ein- und halb Tage in München zu Gast. Eine kleine Stadtrundfahrt, eine Wanderung im Isartal mit anschließendem Treffen mit lokalen Friedensinitiativen, ein Einkaufsvormittag und viele Gespräche haben uns sehr viel Spaß gemacht (siehe Artikel "Besuch aus der Sowjetunion" in AKTUELL).

(Fritz Obermaier)

Münster

Die Regionalgruppe trifft sich jeden zweiten Donnerstag (im Monat?) in der Gaststätte "Laterne", Schillerstr. 23, um 20 Uhr (Näheres bei Werner Ahrens, siehe ADRESSEN).

AK RUIN

Am 18. 3 hat sich der Arbeitskreis RUIN ("Rüstung und Informatik") konstituiert (vorheriger Arbeitstitel: "Informatik und Militär"). Dabei wurde über die Bedeutung der Informatik im Rahmen der "competitive strategies" der USA und der NATO-Raketenmodernisierung diskutiert. Als mögliche Arbeitsschwerpunkte wurden herausgearbeitet: Rolle und Problematik der Simulation, Aufarbeitung der großen US-amerikanischen Computerprogramme der 80er Jahre, Informatik an den Universitäten und beim Militär. Für die Jahrestagung in Hamburg soll das Thema "Simulation" vorbereitet werden.

LESEN?

Du hast keine Chance, nutze sie!

Umfragen zeigen, daß sich die Einstellung der Bundesbürger gegenüber unserer Zukunft gewandelt hat: Die Mehrheit ist sicher, daß die Zukunft für sie und ihre Kinder schlechter wird als die Gegenwart. Welche Gründe dazu geführt haben und wie eine Lösung aussehen könnte, beschreibt Claus Eurich in seinem neuen Buch "Die Megamaschine".

Die erste Hälfte des Buches nimmt eine Darstellung einzelner Probleme ein, angefangen von den Folgen des mechanistischen Weltbildes über eine Wirtschaft ohne Moral hin zur Atom-, Informations- und Gentechnologie. Diese Probleme in ihrer Gesamtheit ergeben das, was Eurich mit dem Begriff Megamaschine umschreibt: Das Zusammenwachsen einzelner Bedrohungen zu einer Superkrise.

Diese aus dem alten Denken resultierende Superkrise verlangt nach einem ganzheitlichen und vernetzten Denken und - Small is Beautiful - zu einer Abkehr von Großstrukturen. Weil derartige Veränderungen nicht von selbst kommen, ist Widerstand gegen die herrschenden Strukturen für Eurich eine Notwendigkeit. Beginnend mit den historischen Erfahrungen mit dem Widerstand gegen als Bedrohung empfundene Technik gibt er nicht nur eine ethische Begründung für die Notwendigkeit des Widerstandes sondern auch einen Überblick über mögliche Widerstandsformen. Dabei ist es wichtig, die neue Gesellschaft vorzuleben. Der Widerstand im Alltag soll dabei alle gesellschaftlichen Gruppen umfassen. Unter anderem geht Eurich auf die verschiedenen berufsbezogenen Initiativen ein, darunter auch aufs FIFF.

Eurichs Buch versucht, Auswege aus dieser die Gegenwart und Zukunft bedrohende Superkrise aufzuzeigen. Während andere, so zum Beispiel Ulrich Beck in seinem Buch "Risikogesellschaft", eher politische Lösungsansätze anbieten, betont Eurich die Veränderung des Individuums. Sein neuer Seelentypus "will Franz von Assisi statt Doktor Faustus".

Claus Eurich: Die Megamaschine. Vom Sturm der Technik auf das Leben und Möglichkeiten des Widerstands. Luchterhand Literaturverlag, Darmstadt, 1988.

(Ute Bernhardt)

Telearbeit Heimarbeit

Das schöne am Computer ist, daß man auch zu Hause arbeiten kann. Frei nach diesem Motto hat es in vielen Bereichen, in denen mit Computern gearbeitet wird, schon viele ArbeitnehmerInnen frühzeitig nach Hause gezogen, um dort mit dem weiterzumachen, wozu im Büro die Lust fehlte. Alles zu Hause erledigen aber, heimarbeiten also - vom Texterfassen bis zum Programmieren -, ist zwar in der Vergangenheit viel beschworen worden, hat sich aber als Arbeitsform nur wenig durchgesetzt. So ganz auf das Büro verzichten wollen offenbar weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, denen bei Heimarbeit vor der Unkontrollierbarkeit ihrer MitarbeiterInnen graust.

Mit dem Computer sind zum alten Bild der Heimarbeit aber auch neue Formen hinzugekommen. Zeitlich begrenzte Heimarbeit sowie Beschäftigung zu Hause und im Softwarehaus als Schein-Selbständige sind neue Formen von Arbeitsverhältnissen, die bei der Betrachtung von Heimarbeit nicht fehlen dürfen. Uwe Schumacher hat in seinem Buch "Rechtsfragen der Teleprogrammierung" versucht, diesen schwer durchdringlichen arbeitsrechtlichen Dschungel, in dem nicht wenige InformatikerInnen stecken,

zu lichten. Wenn er in seiner Arbeit auch einige Gebiete explizit ausklammert, so gelingt es Schumacher doch, vor allem für die Fragen, die sich mit dem Arbeitnehmerstatus von Beschäftigten befassen, denen, die sich mit den Problemen herumschlagen müssen, Einblicke zu geben.

Heimarbeiter, Schein-Selbständiger oder Angestellter, Schumacher stellt die Kriterien der Rechtsprechung zusammen, die eine Zuordnung zu diesen mit unterschiedlichem arbeits- und privatrechtlichen Schutz versehenen Arbeitsformen erlauben und gibt damit Betroffenen die Chance, ihre ArbeitnehmerInnen-, aber auch ihre UrheberInnen-Rechte wahrzunehmen.

Wenn auch Schumanns Buch weder Ratgeber noch Nachschlagewerk ist, so wird hier wenigstens einmal auf die spezifischen Belange von InformatikerInnen in ihren Arbeitsbeziehungen eingegangen.

Uwe Schumacher: Rechtsfragen der Teleprogrammierung. Statusrechtliche Einordnung und urheberrechtlicher Schutz. Verlag Peter Lang, Frankfurt, 1989, 49.-DM.

(Ingo Ruhmann)

IWIF Dossier Nr. 1

Das IWIF Dossier Nr. 1 "Die 'Modernisierung' - Neue Atomwaffen für Europa" von Paul Schäfer und Wolfgang Zellner ist in erweiterter und aktualisierter Fassung bei der

Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V.
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 210744

zum Preis von 1.-- DM erhältlich.

Der Tagungsband 1988 ist da

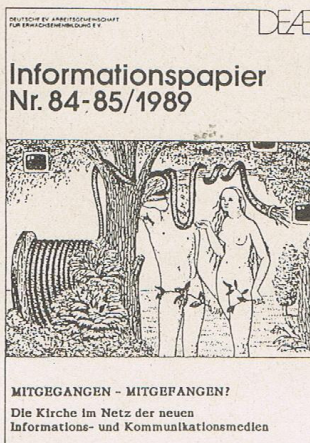
Der Tagungsband 1988 zum Thema "ComputerArbeit. Täter - Opfer - Perspektiven" ist Anfang Mai erschienen und ab sofort über das FIFF-Büro Bonn zum Preis von 19,80 DM, zuzüglich Portokosten zu beziehen. Das Buch enthält die Hauptvorträge und Beiträge zu Arbeitsgruppen der vierten Jahrestagung des FIFF, die im Oktober 1988 in Hamburg stattfand. Für alle, die nicht dabei waren, drucken wie hier zum Neugierig machen den Klappentext auszugsweise ab:

"Die Arbeit an sogenannten intelligenten Waffensystemen, die mit Hilfe eingebauter Microcomputer ihre Vernichtungskraft potenzieren, belegt, daß sich die Weiterentwicklung der Computertechnik auch künftig auf militärische Anforderungen ausrichtet.

Auch wenn der Computer nicht im militärischen Bereich eingesetzt wird, wo er geschichtlich entstanden ist, sind seine Anwendungen nicht unproblematisch. Aktuelle Themen sind hier Verkabelung, Dienstintegrierendes Digitalnetz (ISDN), Patientendaten etc. Aber auch das 'demokratische Potential' der neuen Computersysteme wird in diesem Band zur Sprache gebracht."



ComputerArbeit



Mitgegangen - Mitgefangen?

Die Dokumentation der Tagung "Mitgegangen - Mitgefangen? Die Kirche im Netz der neuen Informations- und Kommunikationsmedien" in Haus Ortlorn/Iserlohn ist bei der DEAE (Deutsche evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V.) erschienen. Sie enthält unter anderem folgende Beiträge:

- Hartmut Przybylski: Das elektronische Netz in der Kirche
- Imme de Haen: Wir werden schleichend um ein kostbares Gut gebracht
- Manfred Redelfs: Kirchliche Medienpolitik als "decision-less decision"
- Claus Eurich: Zu ethischen Fragen und Alternativen Modellen im Computer-Zeitalter

Die Dokumentation umfaßt 83 Seiten und kostet 9.-- DM zuzüglich Porto. Bezogen werden kann sie bei

Arbeitsstelle der DEAE
 Schillerstr. 58
 7500 Karlsruhe 1

TERMINE

17. bis 20. Juli 1989, Hamburg, International Working Conference "Opportunities and Risks of Artificial Intelligence Systems" ORAIS '89

Kontakt: Dr. Klaus Brunnstein, Simone Fischer-Hübner, Universität Hamburg (ORAIS '89), Schlüterstr. 70, 2000 Hamburg, Tel. (040) 4123-4155(-4175,-4162)

21. bis 24. September 1989, Bremen, Tagung "Frauenwelt-Computerräume" der Fachgruppe "Frauenarbeit und Informatik" in der Gesellschaft für Informatik (GI)

Kontakt: Tagungsbüro "Frauenwelt-Computerräume", Universität Bremen FB 3, Postfach 330440, 2800 Bremen 33, Tel. (0421) 218-3455

8. Oktober 1989, 11 Uhr, Frankfurt/Main, FIFF-Mitgliederversammlung

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main, Hauptgebäude, Hörsaal 6, Eingang Jordanstraße

6. bis 8. Oktober 1989, Frankfurt/Main, FIFF-Jahrestagung zum Thema "Vernetzung"

Kontakt: Jutta Schaaf, Philipp-Reis-Str. 71, 6000 Frankfurt/Main, Tel. (069) 775996

17. bis 18. November 1989, Marburg, Phillips Universität, Symposium "Wissenschaft im Krieg - 50 Jahre danach"

Kontakt: Interdisziplinäre Arbeitsgruppe für Friedens- und Abrüstungsforschung an der Phillips Universität Marburg (IAFA)

19. November 1989, Marburg, Phillips Universität, Stellungnahmen "Wissenschaft im Krieg - Krieg in der Wissenschaft"

Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle (siehe ADRESSEN)

VIELZWECK-SCHNIPSEL



Die/Der bin ich:

Name: _____ Straße: _____
 Wohnort: _____ Mitgliedsnummer (falls bekannt): _____
 Telefon (Angabe nur wenn erwünscht, privat): _____ (Arbeit): _____

Das möchte ich:

- ☐ Ich möchte ☐ aktives bzw. ☐ förderndes Mitglied des FIFF werden
 (Mindestbetrag ist für Verdienende 60.-- DM, für Studierende 15.-- DM pro Jahr)
☐ Ich möchte, ohne FIFF-Mitglied zu sein, die FIFF KOMMUNIKATION für 15.-- DM/Jahr abonnieren
☐ Ich überweise _____ DM auf Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)
☐ Einzugsermächtigung (siehe unten) ist ausgefüllt

☐ Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen (siehe oben). Meine alte/falsche Anschrift:
 Straße: _____ Wohnort: _____

- ☐ Ich möchte FIFF etwas spenden
☐ Verrechnungsscheck über _____ DM liegt bei
☐ Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten

☐ Ich möchte mehr über FIFF wissen, bitte schickt mir _____

☐ Ich möchte gegen Rechnung zuzüglich Portokosten bestellen:

- ☐ Ich möchte FIFF informieren über einen Artikel/ein Buch
☐ Zitat (siehe unten)
☐ Kopie liegt bei

- ☐ Ich möchte zur FIFF KOMMUNIKATION beitragen mit
☐ einem Manuskript zur Veröffentlichung (liegt bei)
☐ einer Anregung (siehe unten)
- _____
- _____
- _____

☐ Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der VIELZWECK-SCHNIPSEL ist nichts für mich!

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen.

Jahresbeitrag: _____ DM, erstmals: _____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

Geldinstitut: _____ Wenn das Konto keine

Deckung aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen

Name: _____ Straße: _____

Wohnort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

(Wir werden Ihre Daten nur für Zwecke des FIFF verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)

Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF) Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1:



IMPRESSUM

Die FIFF KOMMUNIKATION ist das Mitteilungsblatt des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF).

Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren.

Heftpreis: 3.-- DM. Der Bezugspreis für die FIFF KOMMUNIKATION ist für FIFF-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die FIFF KOMMUNIKATION für 15.-- DM/Jahr (inkl. Versand) abonnieren.

Erscheinungsweise: einmal vierteljährlich

Erscheinungsort: Bonn

Auflage: 1700

Herausgeber: Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

Verlagsadresse: FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219548

Druck: PR-Druck und Verlag, Dorotheenstr. 117, 5300 Bonn 1

Redaktionsadresse: Christine Fischer, Solalindenstr. 108, 8000 München 82

Redaktions-Team für FIFF KOMMUNIKATION 3/89: Christine Fischer (verantwortlich), Friedemann Gerster-Streit, Uli Kick, Peter Kaiser, Ulrich Moser, Fritz Obermaier, Willy Schürer, Winfried Seidel, Hellmut Weber (verantwortlich)

Redaktionsschluß für FIFF KOMMUNIKATION 4/89: 4. August 1989 (Leserbriefe 18. August 1989).

Was will das FIFF?

Im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) e.V. haben sich InformatikerInnen zusammengeschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebietes verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

Erarbeiten einer Geschichte der Informatik, in welcher der entscheidende Einfluß militärischer Ziele für die bisherige Entwicklung der Informatik nicht verschwiegen wird.

Zusammentragen von Wissen über die Wirkung der Informationstechnik auf Gesellschaft und Umwelt, Diskutieren dieses Materials in der Öffentlichkeit.

Suchen nach Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Einsatz von Datenverarbeitungs-Anlagen und -Anwendungen; Entwickeln und Erproben einer auf Menschen hin orientierten Informationstechnik.

Schärfen des Verantwortungsbewußtseins von FachkollegInnen; Beitragen zur Verbreitung einer Berufsethik, die den Menschen auch in der Arbeit im Mittelpunkt sieht und es daher nicht zuläßt, die eigenen Kenntnisse für menschenfeindliche Zwecke einzusetzen.

Eintreten in der Öffentlichkeit für einen friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Einsatz der Informationstechnik.

Zusammenarbeiten mit vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern (Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in USA).

Im FIFF sind gleichberechtigt und gleichgewichtig Studierende, WissenschaftlerInnen und im Berufsleben stehende InformatikerInnen organisiert. Sie fordern alle in der Informationstechnik Arbeitenden auf, sich ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere den betrieblichen Voraussetzungen und den sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Der FIFF-Vorstand

Prof. Dr. Reinhold Franck
(Vorsitzender)
Saarbrücker Str. 43
2800 Bremen 1

Christine Fischer
Solalindenstr. 108
8000 München 82

Helga Genrich
(Stellvertr. Vorsitzende)
Im Spicher Garten 3
5330 Königswinter 21

Prof. Dr. Wolfgang Hesse
Pienzenauer Str. 5
8000 München 80

Ralf Klischewski
Goldbachstr. 2
2000 Hamburg 50

Gilla Reckert
Fuldastr. 22
4600 Dortmund 41

Chrisanthos Vasiliadis
Franz-Rücker-Allee 39
6000 Frankfurt/Main 90

Dr. Hellmut Weber
Degenfeldstr. 2
8000 München 40

Bitte um Beiträge

Die FIFF KOMMUNIKATION lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer Leser. Die Redaktion wünscht sich viele lebendige Beiträge die zur Diskussion über FIFF-Themen anregen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Erbeten sind Zeichnungen, Comics usw. zu Informatik-Themen oder zu eingereichten Beiträgen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn die Beiträge auf Disketten (5^{1/4}-Zoll, ASCII-Dateien im MS-DOS-Format, Leerzeilen zwischen den Absätzen, keine Silbentrennung) oder sauber und groß gedruckt (zur Verarbeitung mit einem Scanner) der Redaktion zugehen. Eine Adresse für Electronic Mail kann bei der Redaktion erfragt werden.

ADRESSEN

Das FIFF bemüht sich den Mitgliedern die Möglichkeit zu regionalen Kontakten und zur Gründung von Initiativen zu geben. Folgende **Kontaktadressen** wurden uns bisher gemeldet, weitere werden hoffentlich folgen (vorzugsweise mit Telefonnummer).

Regionale Kontaktadressen

1000 Michael Löwe
Togostr. 73
Berlin 65

2000 Simone Pribbenow
Fachbereich Informatik
Bodenstedtstr. 16
Hamburg 50
Tel. (040) 4123-6115

2370 Hans-Otto Kühl
c/o Schleswig AG
Kieler Str. 19
Rendsburg
Tel. (04331) 201-2187

2800 Karin Vosseberg
Universität Bremen
Fachbereich Informatik
Postfach 330440
Bremen 33
Tel. (0421) 218-2280

2900 Fachschaft Informatik
Carl-von-Ossietzky-Universität
Ammerländer Heerstraße
Oldenburg

4400 Werner Ahrens
Hohe Geest 120
Münster
Tel. (02051) 3054 (p) und
(0251) 491-429 (d)

4600 Thomas Jandach
Emil-Figge-Str. 9/208
Dortmund 50

5000 Manfred Keul
Landsbergstr. 16
Köln
Tel. (0221) 317911

5330 Manfred Domke
Ölbergstraße 94a
Königswinter

5400 Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
Koblenz
Tel. (0261) 12156 (App. 292)

6000 Ingo Fischer
Dahlmannstr. 31
Frankfurt/Main 60

6101 Hans Rupp
Friedrich-Merz-Str. 32
Groß-Bieberau
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039

6750 Andreas Künkler
Ziegelstr. 42
Kaiserslautern
Tel. (0631) 2052630 oder
29498

7000 Karsten Hofmann
Gorch-Fock-Str. 1
Stuttgart 75
Tel. (0711) 472626

7500 Wolfgang Hinderer
Speyrer Str. 7a
Karlsruhe

7750 Thomas Freytag
Am Briel 48
Konstanz
Tel. (07531) 50367

7900 Timm H. Klotz
Franz-Wiedemeier-Str. 108
Ulm
Tel. (0731) 385657

8000 Bernd Rendenbach
Holzstr. 24
München 5

8520 Prof. Dr. Horst Müller
Inst. f. math. Maschinen und
DV der Universität
Erlangen-Nürnberg
Mertenstr. 3
Erlangen

8900 Eberhard Zehendner
Schubertstr. 4
Augsburg
Tel. (0821) 414554

Kontaktadressen der überregionalen Arbeitskreise

ISDN-AK

Hans Rupp
Friedrich-Merz-Str. 32
6101 Groß-Bieberau
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039

AK RUIN

"Rüstung und Informatik"

Helga Genrich (vorläufig)
Im Spicher Garten 3
5330 Königswinter 21
Tel. (02244) 3264

AK "Neue Wege in der Informatik"

Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
5400 Koblenz
Tel. (0261) 12156 (App. 292)

AK "FIFF europaweit"

Dagmar Boedicker
Daiserstr. 45
8000 München 70
Tel. (089) 7256547



FIFF-Geschäftsstelle

FIFF-Geschäftsstelle
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 219548.

Das Büro ist dienstags von 14 bis 19 Uhr und donnerstags von 16 bis 19 Uhr besetzt. Der Geldverkehr läuft über das Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000).

SCHLUSS- P



Denk-Mal
für die
Unbekannten
Deserteure

Aus aktuellem Anlaß drucken wir als Schluß-Pfiff diesmal den Aufruf des Bonner Friedensplenums für ein Deserteur-Denk-Mal in Bonn

Ein Denk-Mal für die Unbekannten Deserteure

*„Ihr könnt mich ruhig für einen Feigling halten.
Mein Leben ist mir wichtiger als eine Zeitungs-
annonce. Er fiel für Führer, Volk und Vaterland.“*

*Kurt Paul, Deserteur, 1944 an seine
Eltern in Erwartung seiner Hinrichtung*

Wir wollen am 1. September 1989 auf dem Bonner Friedensplatz (ehemals Adolf-Hitler-Platz) ein DENK-MAL für die UNBEKANNTEN DESERTEURE enthüllen, das an die deutschen Deserteure der beiden Weltkriege mahndend erinnern soll.

In den beiden Weltkriegen sind viele deutsche Soldaten „von der Fahne“ gegangen. Sie hatten die Illegalität der Kriege erkannt und wollten sich nicht länger mißbrauchen lassen. Teils haben sie sich vorsätzlich gefangen nehmen lassen, teils haben sie sich selbst verstümmelt. Sie hatten „die Schnauze voll“ und wollten nicht mehr töten oder getötet werden.

Ihnen allen soll in der Bundeshauptstadt ein Denkmal gesetzt werden. Dies soll bewußt am traditionellen Antikriegstag, 50 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs und 75 Jahre nach Beginn des 1. Weltkriegs geschehen: Es soll ein bundesweiter Impuls gegeben werden, die bekannten und unbekannten Deserteure nicht zu vergessen und zu verschweigen. Ihre Verurteilung bis zum heutigen Tage ist unerträglich und muß durchbrochen werden. Bis heute ist keines der 16 000 Todesurteile wenigstens nachträglich zu Unrecht erklärt und aufgehoben worden; kein einziger NS-Militärtribunal ist jemals für seine Verbrechen verurteilt worden. Viele konnten wieder in hohe Ämter aufsteigen, wie z.B. der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger (CDU), der den Satz prägte: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Die Opfer und Überlebenden sowie ihre Angehörigen haben keinerlei Entschädigung erhalten.

Das Denk-Mal soll auf dem Bonner Friedensplatz aufgestellt werden: Schon im 1. Weltkrieg fielen hier die ersten Bomben auf Bonn und der Platz bekam zur Mahnung an die dabei getöteten Bürger seinen Namen. 1933 bis 1945 hieß er „Adolf-Hitler-Platz“, heute wird ein Atombunker für den 3. Weltkrieg unter dem „Friedensplatz“ eingerichtet. Auch deshalb ist es wichtig, aus dem ganzen Bundesgebiet darauf zu dringen, die Aufstellung des Denkmals gerade hier zu genehmigen.

Der Stadt Bonn wurde ein Bürgerantrag übergeben, dieses Denk-Mal zu finanzieren und offiziell der Bonner Bevölkerung zu übergeben. Der Entwurf ist von dem Bildhauer Mehmet Aksoy. Der ca. 2x2 m große Marmorblock zeigt eine durch einen Einschuß zerstörte Wand, aus der ein Mensch entflohen ist. Die durch den in Negativform dargestellten menschlichen Körper

entstandene Lücke symbolisiert die Flucht vor der blinden Zerstörung des Krieges hin zum Leben.

„Ich selbst werde mich gegen Ihre Initiative aussprechen und alles tun, um für die Ablehnung eine überzeugende Mehrheit zu gewinnen.“ Dr. Hans Daniels (CDU), Oberbürgermeister

Seine Bemühungen hatten Erfolg:

In der öffentlichen Anhörung zum Bürgerantrag (Vorsitzender: Dr. Daniels) empfahl die Mehrheit der im Ausschuß arbeitenden Ratsmitglieder, unser Anliegen abzulehnen. Der einzelne Soldat, der in den vergangenen Kriegen glaubte, seine Pflicht zu tun, dürfe – so Daniels – nicht ins Unrecht gesetzt werden.

Das Bonner Friedensplenum hält dies für den Ausdruck einer unerträglichen Geschichtsblindheit und Arroganz der Macht auf Seiten des OB und des Bonner Rats. Es geht nicht an, den Bonner Bürgern im Rahmen der Festlichkeiten zu „Bonn wird 2000“ nur das eigene konservative Geschichtsbild verordnen zu wollen.

Wenn so die Mitglieder der Regierungsparteien jedes Nachdenken im Keim ersticken wollen, sehen wir es für umso notwendiger an, die Tatsachen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken: Die Deserteure der beiden Weltkriege sind nicht Schande, sondern Denkanstoß. Sie haben sich nicht durch die Parolen von Volk und Vaterland blenden lassen. Sie haben sich nicht hinter Befehl und Gehorsam versteckt, sondern ein hohes persönliches Risiko auf sich genommen. So sind sie uns Aufforderung, selbst dafür zu sorgen, daß es nie wieder Krieg gibt. In diesem Sinne bittet das Bonner Friedensplenum um Unterstützung dieses insgesamt aufwendigen Projekts!

Freitag 1. September
Bonner Friedensplatz 11 Uhr
Enthüllung des Denk-Mals
für die Unbekannten Deserteure

Informationsmaterial (z.B. Falblätter, Plakate, Denkmalmodelle): Arbeitskreis „Von der Fahne“ des Bonner Friedensplenums, Berliner Platz 33, 5300 Bonn 1; Tel. 0228/692255

(Steuerlich absetzbare) Spenden für das Denk-Mal an:
Verein zur Förderung der Friedensarbeit e.V.

Kto-Nr. 7 500 218 · Sparkasse Bonn · BLZ 380 500 00